



Interkommunale Zusammenarbeit bei der Beschaffung

Handbuch

- Ein Leitfaden für Kommunen -



pro►EE – Öffentliche Beschaffung erhöht Energieeffizienz

Ziel von pro-EE ist es, Energieeffizienz durch nachhaltige öffentliche Beschaffung zu verbessern. Das Projekt konzentriert sich auf innovative Produkte mit höherem wirtschaftlichem und technischem Energieeinsparungspotenzial und entwickelt Musterverfahren und Netzwerk-Ansätze, die von jeder europäischen Beschafferorganisation umgesetzt werden können.

pro-EE wurde entwickelt um:

- Lieferanten und Verbraucher zusammen zu bringen, um sich auf spezielle Produkte bzw. Kriterien zu einigen und Strategien für deren Vertrieb zu entwickeln. So sollen Risiken und Vorteile bei der Neuentwicklung von Produkten geteilt und Neuentwicklungsprozesse gefördert werden.
- Partnerschaften zwischen Marktakteuren in sechs europäischen Ländern aufzubauen und so innovative Verfahren für Beschafferorganisationen zu entwickeln. Dadurch soll Einfluss auf Lieferanten energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen ausgeübt werden.
- diese Verfahren in Pilot-Städten und -regionen zu implementieren.

Ein Hauptergebnis von pro-EE sind auf Erfahrung basierende Empfehlungen für die Integration nachhaltiger Beschaffungsmethoden und Strategien in die Handlungspolitik lokaler und regionaler Beschafferorganisationen.

Für den Inhalt dieser Veröffentlichung sind allein die Autoren verantwortlich, der Inhalt spiegelt nicht notwendig die Ansichten der Europäischen Gemeinschaft wider. Die Europäische Kommission ist für eine wie auch immer geartete Nutzung der hierin enthaltenen Informationen nicht verantwortlich.

Projektkoordination:

Klima-Bündnis e.V. – Europäische Geschäftsstelle
Galvanistr. 28, 60486 Frankfurt am Main
Dr. Andreas Kress, Tel: +49-69-71 71 39-33, a.kress@klimabuendnis.org

Textkoordination:

DI Andreas Drack, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Land OÖ; Tel: +43-732-7720-14411;
andreas.drack@ooe.gv.at

Autoren:

Oberösterreich: Andreas Drack, Hannes Pöcklhofer; Deutschland: Andreas Kress; Griechenland: Myrto Theofilidi; Italien: Maurizio Abbati; Portugal: Paula Trindade; Spanien: Bettina Schäfer; Europa: Philipp Tepper

Partner:

Klimabündnis Österreich (AT), Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (AT), Alleanza per il Clima Italia (IT), European Partners for the Environment (EU), Ecoinstitut Barcelona (ES), ICLEI Local Governments for Sustainability (EU), National Institute for Engineering, Technology and Innovation (PT), Centre for Renewable Energy Sources (GR)

sowie die Städte:

Cascais (PT), Ferrara (IT), Frankfurt am Main (DE), Mainz (DE), Maroussi (GR), München (DE), Murcia (ES), Torres Vedras (PT), San Sebastian (ES)

Lektorat: Andreas Drack

Übersetzung: Stephanie Sternheimer

Fotos: BilderBox.com

pro►EE wird co-finanziert von:

Intelligent Energy  **Europe**

Inhalte

Einleitung: die Europäische Perspektive	3
Einführung: Argumente für interkommunale ökologische Beschaffung	5
Kosteneffizienz (Produkt- und Verwaltungskosten)	5
Nutzen aufgrund Erfahrungen von Partnern	8
Innovation (technisch, finanziell)	8
Interkommunale ökologische Zusammenarbeit in der Praxis	13
Modelle interkommunaler Zusammenarbeit	13
Gemeinsame Kriterien für ökologische kommunale Beschaffung	14
Ökologische Kriterien in der EU und Partnerländern	16
Interkommunale ökologische Beschaffung in europäischen Ländern	18
Interkommunale ökologische Beschaffung – Oberösterreich	18
Interkommunale ökologische Beschaffung – Deutschland	20
Interkommunale ökologische Beschaffung – Griechenland	22
Interkommunale ökologische Beschaffung – Italien	25
Interkommunale ökologische Beschaffung – Portugal	30
Interkommunale ökologische Beschaffung – Spanien	32
Grenzüberschreitende interkommunale Beschaffung	36
Materialfragebogen	38
Links	42

Einleitung: die Europäische Perspektive

Kommunen auf der ganzen Welt stehen den dramatischen Folgen des Klimawandels gegenüber: Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Bedrohung der Biodiversität und zunehmende Armut. Grund für diese Probleme sind unsere untragbaren Konsumgewohnheiten. Die nachhaltige Beschaffung (öffentliche Gelder für Produkte und Dienstleistungen nutzen, die die nachhaltige Entwicklung fördern) muss daher oberste Priorität sein.

Nachhaltige Beschaffung bedeutet sorgfältig darüber nachzudenken was gekauft wird: nur das Benötigte kaufen, Produkte und Dienstleistungen mit hoher Umweltverträglichkeit beschaffen und die sozialen und ökonomischen Einflüsse in Betracht ziehen.

In Europa geben öffentliche Beschaffer pro Jahr 1,6 Billionen Euro für Produkte und Dienstleistungen aus. Dies entspricht 16% des europäischen BIP. Angefangen beim Bau energieeffizienter öffentlicher Gebäude bis hin zum Kauf schadstoffarmer Autos, vom Kauf von Bio- oder Fair Trade-Lebensmitteln bis hin zu wassersparenden Toiletten – kommunale Beschaffung kann großen Einfluss darauf haben, den Markt in Richtung Nachhaltigkeit anzutreiben.

Die Europäische Kommission und GPP

Die Europäische Kommission unterstützt die ökologische kommunale Beschaffung (GPP) innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten sehr stark. Es wurde eine Website erstellt auf der viele nützliche Informationen zu diesem Thema zu finden sind. Unter anderem auch das Handbuch der Kommission zu GPP – Buying Green - http://ec.europa.eu/environment/gpp/index_en.htm

Nationale Aktionspläne (NAPs) – der Status Quo

Die Europäische Kommission ermutigt Mitgliedstaaten öffentlich einsehbare Nationale Aktionspläne (NAPs) zu erstellen, um die öffentliche Beschaffung ökologischer zu gestalten. Die Aktionspläne sollten eine Beurteilung der aktuellen Situation und der ehrgeizigen Ziele für die nächsten drei Jahre beinhalten. Auch sollten die NAPs klar angeben, welche Maßnahmen gesetzt werden, um die Ziele zu erreichen. Die Pläne sollten bis Ende 2006 erstellt und alle drei Jahre überarbeitet werden.

Die NAPs sind nicht rechtlich bindend, sollten aber als politischer Antrieb bei der Durchführung und Bewusstseinsbildung ökologischer kommunaler Beschaffung dienen. Die Kommission erlaubt außerdem den Mitgliedsstaaten die Maßnahmen zu wählen, die am Besten zu ihren politischen Rahmenbedingungen und dem erreichten Level passen. Gleichzeitig wird ein Best Practice-Austausch bei der Förderung ökologischer kommunaler Beschaffung (EC 2010) ermöglicht.

Das Dokument National GPP-Strategien und Richtlinien enthält eine ausführliche Darstellung über den aktuellen Stand in den 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Verfahrensweise und Gesetzgebung

Auf der DG INFSO PCP-Webseite befindet sich das Kommunikations- und Arbeitspapier der EU-Kommission über vorkommerzielle Beschaffung:

Hierin geht es um die Förderung von Innovation, um so nachhaltige hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Europa zu sichern. Außerdem liegt eine Reihe von Präsentationen von Experten und Expertinnen vor.

Die Webseite der Europäischen Kommission zu ökologischer kommunaler Beschaffung (GPP) bietet Ratschläge für politische Entscheidungsträger/innen und Praktiker/innen, die an GPP arbeiten. Das Handbuch der Europäischen Kommission zu GPP „Buying Green!“ ist sowohl auf der Webseite als auch im GPP Training Toolkit der EU verfügbar.

Bei PRO INNO Europe handelt es sich um eine Initiative der Generaldirektion Unternehmen und Industrie. Die Initiative zielt darauf ab, zentrale Anlaufstelle für die Analyse von Innovationspolitik, Wissen und Entwicklung in Europa zu werden. Es besteht die Absicht, von den Besten zu lernen und zur Entwicklung neuer und besserer Innovationspolitik in Europa beizutragen.

Environmental Technologies Action Plan (ETAP) wurde 2004 von der Europäischen Kommission übernommen. Ziel dieses ambitionierten Plans ist die Förderung der Umwelttechnologie um die Reichweite und die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Ökologische Innovation und ökologische kommunale Beschaffung sind zwei Hauptgebiete des ETAP.

Projekte und Initiativen

Der Konvent der Bürgermeister/innen ist eine europäische Initiative bei der sich Städte und Regionen freiwillig dazu verpflichten bei der Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen über das 20%-Ziel der EU hinauszugehen. Diese formelle Verpflichtung soll durch die Durchführung von Sustainable Energy Action Plans (SEAPs) erreicht werden. Der aktuelle Ratgeber bietet detaillierte Schritt-für-Schritt-Empfehlungen für den gesamten Prozess bei der Erarbeitung einer lokalen Energie- und Klimastrategie von der ersten politischen Verpflichtung bis zur Durchführung. Es gibt drei Teile. Teil I bezieht sich auf die Beschreibung des gesamten SEAP-Prozesses und deckt alle strategischen Sachverhalte ab. Teil II dient bei der Erarbeitung der Baseline Emission Inventory-Orientierungshilfe und Teil III widmet sich der Beschreibung von technischen Maßnahmen, die auf lokaler Ebene von Behörden in den verschiedenen Aktivitätsfeldern, wie z.B. kommunale Beschaffung, durchgeführt werden können.

<http://www.eumayors.eu/mm/staging/library/SEAP.pdf>

Das durch das europäische Programm “Intelligent Energy Europe” finanzierte Projekt Buy Smart bietet kostenlose Beratung und Informationsmaterialien zur ökologischen Beschaffung. Das strategische Ziel des Projekts ist es, den Anteil von energieeffizienter Beschaffung in Europa zu erhöhen. Dies führt zu einer höheren Marktdurchdringung und unterstützt daher die Produktion und die Nutzung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen. Das Projekt richtet sich sowohl an private als auch staatliche Unternehmen. Neben der Beantwortung von generellen Fragen bieten wir auch Beschaffungs-Tools für die Produktgruppen Bauelemente, Ökostrom, Haushaltsgeräte, Beleuchtung, Büroausstattung und Fahrzeuge.

Die Procura⁺, Kampagne für nachhaltige Beschaffung hat das Ziel Behörden und öffentliche Einrichtungen bei der Umsetzung nachhaltiger Beschaffung und bei der Bewerbung ihrer Arbeit zu helfen. Die Kampagne bietet viele Tools (z. B. Einkaufskriterien), Richtlinien (z. B. Methodologien, Fallstudien) und ein Rahmenwerk, um Behörden bei der nachhaltigen Gestaltung ihrer Beschaffung zu unterstützen..

SMART SPP – „Innovation durch nachhaltige öffentliche Beschaffung“ bewirbt die Einführung von innovativen und energieeffizientesten Technologien im letzten Entwicklungsstadium in den Markt. Dies soll durch Förderung der frühen Marktbindung zwischen kommunalen Beschaffern/innen und Anbietern/innen in der Vorbeschaffungsphase geschehen. Auch die Ausschreibungen sind eingebunden. Aktuelle Richtlinien und Tool können unter <http://www.smart-spp.eu/guidance> heruntergeladen werden.

Das DEEP-Projekt (finanziert vom EU-Programm “Intelligent Energy Europe”) hat als Ziel die Bewerbung von Steigerungsmöglichkeiten der Energieeffizienz im öffentlichen Sektor. Die Webseite enthält eine Auswahl von nützlichen Quellen, wie Einkaufsrichtlinien für energieeffizientes Bauen, Ökostrom und IT-Zubehör sowie ein Tool zur Errechnung der Lebenslaufkosten eines Produkts: <http://deep.iclei-europe.org/>

EURO-TOPTEN – Reduzieren des Energieverbrauchs: Energieeffiziente Produkte müssen zur ersten Wahl von Verbrauchern/innen, Einzelhändlern/innen und Herstellern/innen werden: www.topten.info/

Einführung: Argumente für interkommunale ökologische Beschaffung

Öffentliche Beschaffung macht in der EU durchschnittlich 16% des BIP aus. Öffentliche Verwaltungen verfolgen unterschiedliche Formen von Beschaffung, die ökologische, soziale und innovative Ansätze beinhalten. Diese Ansätze haben großen Einfluss auf die Entwicklung von Nachhaltigkeit. Verwaltungen müssen mehr Kriterien bei ihren Entscheidungen in Betracht ziehen und sind in ihrem Finanzrahmen beschränkter als freie Unternehmen. Die elektronischen Produkte, auf denen der Fokus im Projekt pro-EE liegt, haben großen Einfluss auf Politikbereiche und haben aus der Sicht eines freien Marktakteurs gesehen viele Vorteile. Zur Motivation werden folgende Argumente bzw. Beispiele näher beachtet:

Kosteneffizienz (Produkt- und Verwaltungskosten)

Die Zentrale Beschaffung des Landes OÖ wurde 2006 zum Zwecke der bestmöglichen ökonomischen und ökologischen Deckung der Beschaffungsbedürfnisse der rd. 200 Landesdienststellen etabliert. Das von ihr im Jahr 2007 abgewickelte Beschaffungsvolumen betrug rd. 28,35 Millionen Euro. Dieses Volumen beinhaltet Anlagen, Materialien und Dienstleistungen über 15 genau definierte Beschaffungsgruppen, welche künftig noch um weitere 11 Gruppen erweitert werden sollen. Das mit Gründung der Zentralen Beschaffung festgelegte Einsparungsziel von 5 Millionen Euro in 3 Jahren wurde bereits vor Ablauf der Zeit erreicht bzw. sogar wesentlich überschritten. Im Beobachtungszeitraum konnten darüber hinaus viele ökologische Standards in verschiedenen Produktgruppen etabliert werden. Maßgebliche Ökostandards, welche sogar über die von der EU empfohlenen Basis- und Erweiterte-Kriterien hinausgehen, konnten im IT-Bereich im Rahmen einer Ausschreibung realisiert werden. Die Hauptersparnisse können in folgenden Produktgruppen erreicht werden:

- Telefondienstleistungen (Festnetz und Mobiltelefon)
- Postdienstleistungen
- Standard IT
- Büromöbel
- Energie (Heizung und Strom)
- Fuhrpark (Dienstwagen und Nutzfahrzeuge)
- Reinigungsservice (große Einsparungen durch Festlegung einheitlicher Standards)
- Maschinen, Werkzeuge und Gerätschaften
- Gebäudemanagement (Wartungen, Reparaturen, gesetzl. Überprüfungen bei Fahrstühlen, Schließanlagen, ...etc.)
- Arbeitsschutzkleidung und Dienstbekleidung

Bei einer Abschätzung der Gesamtbetriebskosten (Total Costs of Ownership, TCO) war es interessant, dass viele Produkte zuerst zu teuer in der Anschaffung schienen, nicht aber nach einer TOC-Betrachtung. Dadurch fachlich begründbar hat die Beschaffungsstelle ein Tauschprogramm für alte Haushaltsgeräte gestartet und angegeben, dass sich ein A++-Kühlschrank, verglichen mit einem Gerät mit Energiesparklasse A oder B, nach 3.5 Jahren rechnet. Durch finanzielle Förderung der Energieeffizienz verringert sich diese Zeitspanne je nach gewähltem Modell auf ein Jahr. Im Jahr 2009 wurden Geräte im Gesamtwert von ca. 50.000 Euro ausgetauscht. Diese Aktion läuft für drei Jahre und soll ein Beispiel für andere öffentliche Institutionen, staatliche Organisationen und Bürger/innen setzen. Als „Change Agents“ muss das Ziel im Bereich öffentliche Beschaffung die Standardisierung des Angebots für Haushaltsgeräte sein. Bei Ausschreibungen für Fahrzeuge ist es extrem wichtig, die Gesamtbetriebskosten in Betracht zu ziehen.



Beispiel der Stadt Maroussi/Griechenland

Im Rahmen von pro-EE wurden mit der Stadt Maroussi die potentiellen Einsparungen, die durch den Austausch der Beleuchtungsanlagen möglich sind, untersucht. Die Stadt hat eine Beschaffungsmethode für neue Straßenbeleuchtung eingeführt. Alte Leuchtkörper mit Hochdruck-Quecksilberdampflampen sollen durch neue Leuchtkörper mit Halogen-Metallampflampen ersetzt werden. Die nominalen Ersparnisse, die durch den Austausch einer Lampe erreicht werden können, werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Lampentyp	Hochdruck-Quecksilber	Halogen-Metall
Wattleistung (W)	250	150
Gewindesockel	E40	E40
Lichtstrom (lm)	12,700	17,000
Lebensdauer (h)	16,000	32,000
Preis (€/Stück)	8.89	22.66
Brenndauer pro Jahr(h/y)	3,650	3,650
Gesamtstromverbrauch pro Jahr (kWh/y)	912.50	547.50
Strompreis (€/kWh)	0.1	0.1

Jährliche Energieersparnis		40.00%
in kWh		365.00 kWh
in €		36.50
in CO ₂ -Emissionen	0.90 kg/kWh erzeugter Strom	328.50 kg

Interkommunale ökologische Beschaffung am Beispiel von Griechenland

Die griechischen Gemeinden Holargos, Amaroussion und Kalithea/Rhodos waren Partner im Projekt „Local Authorities EMAS and Procurement“ (LEAP). Im Rahmen dieses Projekts nahmen sieben kommunale Unternehmen an einem gemeinsamen Beschaffungsmodell für Recyclingpapier teil. Diese gemeinsame Beschaffung wurde durch die folgenden Schritte realisiert:

1. Bildung eines Bewertungsausschusses, der aus Vertretern/innen aller sieben kommunalen Unternehmen besteht
2. Festlegung von technischen Eigenschaften (Kriterien) für Recyclingpapier
3. Genehmigung der Ausschreibungen
4. Fertigstellung identischer Verträge zwischen den kommunalen Unternehmen und dem anerkannten Anbieter

Die Kosteneinsparung für die Teilnahme an einem gemeinsamen Beschaffungsmodell gleicht die zusätzlichen Kosten für die Integration von ökologischen Kriterien in der Beschaffung aus. In einigen Fällen werden sogar bis zu 2,5% eingespart.



Beispiel aus Spanien – Ökologische kommunale Beschaffung zwischen 10-30% günstiger als normale Beschaffung

Eine Auswertung der von *Ihobe* (eine von der baskischen Regierung geförderte Initiative, die sektorenübergreifend Unternehmen zur Verbesserung ihrer

Umweltleistung berät und informiert) erhaltenen Angebote im Jahr 2008 als Reaktion auf ihre Ausschreibung für Betriebsmittel und Dienstleistungen ergibt, dass die Angebote, die alle ökologischen Kriterien erfüllten auch die günstigsten waren.

Ihobe ist verantwortlich für die Einrichtung eines Programms zur ökologischen kommunalen Beschaffung auf allen Verwaltungsebenen im Baskenland (Spanien). Das Programm besteht aus einem Handbuch mit Kriterien für verschiedene Produktgruppen, einer Webseite mit anerkannten Regeln, Arbeitsgruppen mit den verschiedenen Verwaltungen, Diskussionsforen mit baskischen Unternehmen, Schulungen, etc.

Anfang 2008 reichte *Ihobe* Angebote für den Nachweis von Lieferanten/innen für Büropapier, Büromaterialien, ITC-Equipment und Dienstleistungen wie Kopieren und Offset-Druck ein. In den Ausschreibungen wurden verbindliche und grundlegende ökologische Kriterien verlangt. Nachdem alle Angebote ausgewertet wurden, wurde ermittelt, dass die Angebote, die alle Kriterien erfüllt haben um 10 – 30% günstiger waren als die teureren Angebote. In einigen Fällen, sogar bei Angeboten über konventionelle Produkte, wurden nicht einmal die Mindestkriterien erfüllt und sie waren doch teurer als ökologisch korrekte Angebote. Es ist ein häufiger Irrtum, dass es teurer ist, umweltfreundliche Kriterien in die kommunale Beschaffung einzubetten. *Ihobe* beweist genau das Gegenteil.

Die positiven Ergebnisse von *Ihobe* konnten durch die klare Übermittlung der Message an Anbieter/innen, gefolgt von einer im Jahr 2005 initiierten Verlaufskurve und Methodologie (gleicher Ausschreibungstyp und Umweltkriterien sowohl 2005 als auch Anfang 2008) und durch den Dialog der mit den Anbietern/innen etwa durch GPP-Foren geführt wurde, erzielt werden. Andere Arbeitsfelder beinhalten das Ecodesign-Programm oder das Ekoscan-Programm (baskisches Umweltmanagementsystem).

Nachdem sie mit einigen Unternehmen im Ecodesign-Programm zusammen gearbeitet haben, wurden im Jahr 2006 für das neue *Ihobe*-Büro umweltfreundliche Büromöbel ausgeschrieben. Auch hier passten die günstigeren Ergebnisse ihrer Ausschreibung besser zu den Umweltkriterien.


Bezüglich der Ausschreibungen 2008 waren die primären Umweltspezifikationen für jedes Produkt folgende:

Produktgruppe	Pflichtkriterien	wertvolle Kriterien
Büropapier	100% Recyclingpapier total chlorfrei (TCF)	entspricht den Umweltkriterien Typ I-Umweltzeichen
Büromaterial aus Papier	100% Recyclingpapier	TCF entspricht den Umweltkriterien Typ I-Umweltzeichen
Anderes Büromaterial	wiederaufladbar	aus PE, PP oder Zellstoff % aus recyceltem Material ohne Schwermetalle auf Wasserbasis in recyclerter oder zurückgebender
ITC-Equipment	Garantie von mindestens 3 Jahren Ersatzteile mindestens 3 Jahre	längere Garantie und Ersatzteile Mitarbeiter/innenschulung aktive Suche nach ökologischen Alternativen Kenntnis und Information über die ökologischen Merkmale des Equipment (Energie, Geräuschpegel, Emissionen...)
Kopieren und Digitaldruck	100% Recyclingpapier total chlorfrei (TCF)	entspricht den Umweltkriterien Typ I-Umweltzeichen wiederaufbereitete Tonerkartuschen Toner ohne bestimmte Gefahrstoffe entspricht dem Energy Star Niedriger Geräuschpegel, Ozon, Styren, Staub- und VOC-Emissionen
Offset-Druck	80% Recyclingpapier TCF Druckfarbe ohne Schwermetall Druck mit digitaler Druckplattenbelichtung	entspricht den Umweltkriterien Typ I- Umweltzeichen Druckfarbe auf Wasserbasis pflanzliche Tinten Keine Klassifizierung mit bestimmten Gefahrenstoffen der verschiedenen Produkte Wasserloser Offset-Druck

Generell entsprachen die ökologischen Angebote den meisten Kriterien, aber in manchen Fällen fehlte es an wichtigen Informationen wie zum Beispiel bezüglich des Liefertransports mit Fahrzeugen (Emissionen, Euro-Standard, etc.).

Die meisten Anbieter/innen erfüllten die folgenden ökologischen Kriterien: Papierprodukte zertifiziert mit einem Typ I-Umweltzeichen, ITC-Equipment entsprechend der Energy Star-Standards, Kopiergeräte entsprechend der Schall- und Materialemissionen festgelegt vom Umweltzeichen „Blauer Engel“, Toner ohne Substanzen, die als schädlich gelten, wiederverwendete oder recycelte Transportverpackung werden genutzt, Druckereien nutzen chlorfreie Reinigungsmittel und lösungsmittelarme Druckertinte und die Menge der produzierten Fehldrucke wurde kontrolliert.

Nutzen aufgrund von Erfahrungen von Partnern



Oberösterreich hat für alle 9 Bundesländer in Österreich eine Informationsplattform für öffentliche Beschaffung gegründet, die sich regelmäßig zumindest 2 mal pro Jahr trifft und seine Erfahrungen austauscht bzw. gemeinsame Aktionen festlegt. Das Interesse an einer solchen Plattform war enorm und mittlerweile ist auch eine Plattform der österreichischen Krankenanstaltenverbände in diese Plattform eingebunden. Daneben hat Oberösterreich auch eine interne Beschaffungsrunde mit allen Landesbeteiligungsgesellschaften initiiert, wo ebenfalls dieser Austausch gepflegt wird.

Im Rahmen des NAP wäre geplant, sich einmal im Jahr in einer größeren Runde, unter Einbindung der Ministerien, der Landwirtschafts- und Handelskammer, der Bundesbeschaffung GmbH und etlichen anderen Stakeholdern zu treffen.

Der aktuelle Stand des nationalen Aktionsplanes für nachhaltige Beschaffung unter Federführung des Lebensministeriums bzw. auch die neuesten Erkenntnisse der Task Force für die Förderung der innovativen öffentlichen Beschaffung unter Federführung des Wirtschaftsministeriums werden innerhalb dieser Diskussionsrunden und Plattformen aktiv eingebracht und besprochen.

Innovation (technisch, finanziell)

Die Regierungen der europäischen Länder sollten die Einführung neuer Produkte (wie LEDs für die Straßenbeleuchtung) durch verschiedene Tools beschleunigen. Ein überzeugendes Beispiel ist die Koordination von Pilot-Maßnahmen. In den Niederlanden wurden 350 Pilot-Maßnahmen organisiert. Im Jahr 2008/2009 wurden 35 Pilot-Maßnahmen in 28 Kommunen durchgeführt und einheitlich ausgewertet (z. B. Wahrnehmungsmaßnahmen, gleiche Evaluationsmethode bisheriger und neuer Situation etc). Diese Koordinierung bietet eine Vielzahl von Informationen und hat einen wichtigen Einfluss auf die Bewusstseinsbildung.

Ein überzeugendes Beispiel kommunaler Beschaffung kann durch die Ausschreibungs-Initiative einer Gruppe von Unternehmen und Organisationen für Elektroautos umgesetzt werden. Unternehmen (wie ING, Philips, Post), Ministerien und Kommunen (Rotterdam) nehmen teil. Die Ausschreibung ist für jeden Partner offen, der sich mit mindestens 10 Elektroautos beteiligen möchte. Die Kriterien der gemeinsamen Ausschreibung für drei verschiedene Autotypen werden gerade festgelegt. Die Ausschreibung umfasst bereits 3000 Elektroautos. Bei einer Kooperation von derart einflussreichen Gruppen kann Nachfrage geschaffen werden.

Marktreife Beschaffungsaktivitäten in Oberösterreich

Öffentliche Stellen sind in einer besonderen Situation, da sie neben der auch von privaten Institutionen beachteten ökologischen Relevanz von Beschaffungen zudem die Unterstützung innovativer Technologien mitberücksichtigen sollen. Daher macht es Sinn, Prozesse und Plattformen zu schaffen, um mit Entwicklern/innen und Händlern/innen neuer Technologien kooperieren zu können. Die Idee ist, Unterstützung durch eine unabhängige offizielle Behörde zu bieten, was als Qualitätsmerkmal im Markt angesehen wird. Folgende Phasen führen zur Marktdurchdringung von Technologien:

Phase	Verantwortlichkeit Technikentwickler/in und Handelsunternehmer/in	Verantwortlichkeit politische Ebene	Kooperationsform
Entwicklungsphase	technische Entwicklung	Unterstützung der Recherche	Technologie-Cluster; Forschungsausschreibungen, Technologieprogramme
Vorführungsphase	Vorbereitung; Definition des Forschungsprogramms	Darstellung des Pilotprojekts, Genehmigung, Finden von Partnern; Informationsaktivitäten	Plattformen für kommunal-private Partnerschaften
Markteinführung	Erweiterte Vorbereitung; Informationsaktivitäten	Pläne zur finanziellen Unterstützung, Informationsaktivitäten	Plattformen für kommunal-private Partnerschaften
Markteindringung	Erweiterte Vorbereitung; Informationsaktivitäten	Beschaffung durch Ausschreibungen	Plattformen für kommunal-private Partnerschaften

Beispiele der Technologieunterstützung in Oberösterreich

Das Bundesland Oberösterreich hat 1,4 Millionen Einwohner und eine Fläche von 11.980 km². In den Bereichen erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz spielt Oberösterreich eine führende Rolle. Oberösterreich deckt ca. 30 % seines primären Energieverbrauchs durch erneuerbare Energieträger. Die Grundlage für diesen Erfolg ist ein umfassender regionaler Energieplan, der sowohl Ziele als auch zahlreiche Durchführungsmaßnahmen festlegt. Bis zum Jahr 2030 sollen Raumheizung und Strom zu 100 % durch erneuerbare Energieträger gedeckt werden.

Oberösterreichischer Cluster für nachhaltige Energie

Der „Ökoenergie-Cluster“ (www.oec.at) ist ein Netzwerk von Unternehmen und Institutionen aus dem Bereich erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz. Ziel des Ökoenergie-Clusters ist es, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern und damit zu einer positiven Marktentwicklung im Bereich erneuerbarer Energie und Energieeffizienz beizutragen. Das Land Oberösterreich bietet mit seinem aktiven Energietechnologiesektor, dem hohen Anteil erneuerbarer Energieträgern und innovativer Effizienztechnologien sowie den zahlreichen Unternehmen, die auf diesem Gebiet tätig

sind, ideale Voraussetzungen für einen derartigen Cluster.

Bisher sind über 145 Unternehmen aus Oberösterreich sowie 40 Unternehmen aus Südböhmen eine Partnerschaft mit dem Ökoenergie-Cluster eingegangen. Der Ökoenergie-Cluster ist in folgenden Bereichen tätig: Entwicklung und Aktualisierung von Informationssystemen; Organisation von Aus- und Weiterbildungsangeboten; Fachveranstaltungen und Workshops zu branchenspezifischen Themen; Initiierung, Entwicklung und Betreuung von Kooperationsprojekten zwischen OEC-Partner-Unternehmen und Technologietransfer-Einrichtungen (z. B. Universitäten/Forschungseinrichtungen); Kooperation mit anderen Netzwerken und Clustern; Initiierung und Betreuung von Forschungsvorhaben der OEC-Partner, u. a. mit Unterstützung durch das Energie-Technologie-Programm ETP; Internationale Repräsentation des OEC, Unterstützung von Unternehmen beim Export in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer; Vernetzung mit ausländischen Energieagenturen und –Institutionen; Erstellung von Ökoenergie-Informationsmaterialien, Positionierung des OEC im In- und Ausland und PR-Arbeit, Marktforschung/-entwicklung.

Plattform für Beschaffung und Technologieunterstützung in Oberösterreich

Im Rahmen von „pro-EE“ gingen zwei Abteilungen der oberösterreichischen Regierung eine Partnerschaft ein, um den Einfluss ihrer Aktivitäten zu verstärken: Die Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft kann flexibel mit externen Partnern bei der Entwicklung und der Initiierung von Pilotprojekten kooperieren. Flexibilität ist wichtig für die Instrumentarien, besonders betreffend allfällig notwendiger zusätzlicher Finanzquellen und Informationsaktivitäten. Die Abteilung Gebäude- und Beschaffungs-Management in Oberösterreich betreut als eine Dienstleistungseinheit mehr als 200 Abteilungen und hat regelmäßigen Kontakt mit vielen Unternehmen und Beschaffungsorganisationen. Beide Abteilungen kooperieren in kommerzieller und marktreifer Beschaffung.

Marktreife Beschaffung

Unter dem Label „pro-EE“ können in Oberösterreich in Kooperation mit Entwicklern/innen und Händlern/innen beim Start von Pilotprojekten neue Technologien getestet werden. Bis vor kurzem wurden Technologien ohne strategischen Plan entwickelt und Kontakte mehr oder weniger durch Zufall geknüpft. Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei neuen Technologien, einzelne Akteure und Netzwerke parallel und miteinander arbeiten. Um diese Kontakte zu festigen, werden verschiedene Aktivitäten gesetzt. Erstens werden regelmäßige Konferenzen zu Energiethemen organisiert. Zum Beispiel wurden im September 2009 als Teil einer dreitägigen Konferenz zu Energietechnologien drei parallele Workshops angeboten, die die Möglichkeit boten, notwendige Rahmenbedingungen für die zukünftige Technologiedurchdringung zu formulieren. Die Ergebnisse wurden im Plenum politischen Entscheidungsträgern vorgestellt. Die Konferenz trug erfolgreich zur Kontaktknüpfung zwischen Vertretern/innen von Unternehmen und Behörden bei und zwar durch kurze Bildschirmpräsentation und ausführliche Diskussionen während den Exkursionen. Während der Konferenz wurde ein Pilotprojekt zur Förderung von Solar-LED-Straßenbeleuchtung und Elektrofahrzeuge gestartet. Zweitens ist das Hauptziel die Etablierung von regelmäßigen Plattfortreffen zwischen den verantwortlichen Beschaffern/innen in der Region, der Kommunen und der technischen Entwicklern/innen und Händlern/innen. In Oberösterreich haben bis vor kurzem 444 Kommunen selbstständig an Beschaffungsaktivitäten gearbeitet. Es wurden Rahmenbedingungen für kostenintensive Produkte, beispielsweise Traktoren und Gebäudebau, erarbeitet, um ohne große finanzielle Unterstützungen seitens des Landes auszukommen. Als Ergebnis von pro-EE wird ein jährliches Treffen mit den Mitgliedern der Plattform organi-

siert. Das erste Treffen findet im September 2009 statt. Die Herausforderung ist, alte Gewohnheiten beim Kauf von Produkten, die nicht alle Umweltkriterien erfüllen, zu ändern. In der Einführungsphase wurden durch ein spezielles Programm der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft zusätzliche wirtschaftliche Anreize gesetzt, um die Kooperation zu fördern. Das Ziel ist die Schaffung eines umfassenden Überblicks über das CO₂-Einsparpotential und die Kostensituation klimafreundlicher Technologien in Oberösterreich bis einschließlich 2020 und 2030. Das Energie-Institut der Universität Linz wurde beauftragt, die verschiedenen Technologien ausfindig zu machen, die zur Erreichung der Ziele des Energiekonzepts beitragen können. Das Programm ermöglicht eine prozessorientierte Kooperation mit Vertretern/innen des Technologiebereichs. In der Praxis können neue Technologien durch neue oder aktualisierte Berechnungen einbezogen werden. Um die erwarteten Hindernisse zu überwinden, sollten konkrete Aktionen definiert werden. Die Ergebnisse dieser Diskussion könnten technologische Pilotprojekte werden.

Aktivitäten – erste Pilotprojekte

Test und Vorführstände für solarbetriebene LED-Straßenbeleuchtungssysteme

Kürzlich haben verschiedene Unternehmen auf LED basierende netzunabhängige Beleuchtungssysteme entwickelt. Die Produkte sind in der Entwicklungsphase, in der die kommerzielle Beschaffung getestet und vorgeführt wird. Daher hat der Regionalverband in Oberösterreich ein Netzwerk gegründet, das Entwickler/innen, Forschungsinstitute und Energieunternehmen einbezieht. Fünf Produktentwickler waren an einer Zusammenarbeit interessiert. Das Energieunternehmen „Wels Strom“ stellte gebührenfrei Platz in ihrer „Lichtprodukt-Straße“ zur Verfügung. Das Institut ASIC (Austrian Solar Innovation Centre) und die Fachhochschule Wels sind verantwortlich für das Forschungsprogramm. Kommunalvertreter/innen haben die Möglichkeit eines individuellen Beratungsservices. Die Direktion für Umwelt- und Wasserwirtschaft hat Exkursionen geplant, die erste davon war das Kick-off-Event während der Oberösterreichischen Konferenz zur Energietechnologie im September 2009.

Test- und Vorführprojekte für kommunale Elektro-Kleinlaster

Kleinlaster sind ideal für kommunale Dienstleistungen wie Essen auf Rädern, Gärtnern von Grünflächen und Abfallbeseitigung. Die kurzen Distanzen sind für die Kleinlaster ideal und sind trotz der vielen Start-Stops hocheffizient. Zwei Unternehmen in Oberösterreich bieten Produkte an, die es wert sind getestet zu werden. Das Projekt ist in einem größeren Projekt eingebettet und bereit für eine nationale Ausschreibung zur Förderung regionaler Elektromobilität.

Innovation bei Finanzierungsinstrumenten – “virtuelle CO₂-Zertifikate” als Beispiel in Oberösterreich

Bis vor kurzem wurde nur in wenigen Sektoren CO₂ als externe Kosten bei menschlichen Aktivitäten einbezogen. Der EU-Emissionshandel ist hierfür ein gutes Beispiel. In diesem Projekt berücksichtigt die Direktion für Umwelt- und Wasserwirtschaft CO₂-Preise und nutzt diese als Zusatzfinanzierung für Klimaschutzmaßnahmen. In Zusammenarbeit mit Vertragsunternehmen werden Maßnahmen mitfinanziert, so dass günstige Amortisationsbedingungen erreicht werden und dadurch die Maßnahmen gefördert werden können. Die eingesparten CO₂-Emissionen werden durch den Vertragspartner berechnet und durch eine externe Beratungsfirma überprüft. Die eingesparten Emissionen sind Emissionszertifikate und können benutzt werden um andere Emissionen zu kompensieren, die durch die Semi-

naraktivitäten der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft entstehen. Als erstes Beispiel ist die Sanierung der Straßenbeleuchtung in einer kleinen Gemeinde zu nennen.



“Exoikonomo”-Programm in Griechenland

Das griechische Entwicklungsministerium hat in Zusammenarbeit mit der Vereinigung von Stadtverwaltungen und Kommunen Griechenlands und dem Institut für Öffentliche Verwaltung das Programm „EXOIKONOMO“ entwickelt - mit dem Ziel, Behörden bei der Einführung eines nachhaltigen Entwicklungsplanes zu unterstützen. Das Programm wird im Rahmen des National Strategic Reference Framework (NSRF / griechisch: ESPA) durch die EU mitfinanziert. „EXOIKONOMO“ stellt bis zu 70% Subventionen für Energieinvestitionen auf lokaler Ebene in drei verschiedenen Bereichen (kommunale Gebäude, Transport- und Mobilitätspläne, Außenbeleuchtung und Infrastruktur) zur Verfügung. Das Programm verfügt über ein Gesamtbudget von 100 Millionen Euro (72 Millionen Euro geplante Bewilligungen). Die erste Bewerbungsrunde lief bis Ende Juli 2009 und die zugelassenen Projekte starteten bis Ende 2009. Dieses Programm richtet sich an Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern. Verschiedene Maßnahmenkategorien und -zusammenstellungen sind für jeden Projektvorschlag zwingend notwendig und werden aufgrund der Einwohnerzahl der Kommune ausgewertet und genehmigt. Dieses Programm stärkt die kommunale Beteiligung an gemeinsamer Beschaffung energieeffizienter Produkte, da überall Kosten eingespart werden können (es ist davon auszugehen, dass vergleichbare Arbeiten sowie zu kaufende und zu installierende Produkte in allen Kommunen vorkommen).



Good Practise-Beispiele aus portugiesischen Städten

Im Juni 2009 installierte die Kommune Torres Vedras testweise ein LED-Straßenbeleuchtungssystem. Die Anlage erfüllt die Kriterien für den Kaufprozess dadurch, dass der Ertrag, die Lebensdauer und die Farbtemperatur mit einbezogen wurden. Der Energiekonsum sowie das Energiemanagement werden überwacht. Ein weiteres wichtiges Umweltkriterium war, dass die Anlage keinerlei Giftstoffe enthält. Erst vor kurzem hat die Stadt Cascais auch ein LED-System testweise im Pedra do Sal Centre installiert. Es ist geplant mehr LED-Lichtsysteme zu beschaffen und technische und ökologische Kriterien werden mit den möglichen Lieferanten besprochen.



Beispiele finanzieller Innovationen: Energiedienstleistungsverträge für Sportanlagen in San Sebastian, Spanien

Als Teil des im Jahr 2004 genehmigten Aktionsplan der Agenda21 von San Sebastian, setzt der Stadtrat Energieeffizienz und vernünftige Energienutzung in der öffentlichen Beschaffung um. Eine der ersten Aktionen war im Jahr 2005 das Abschließen eines Vertrages mit einem Energieversorgungsunternehmen (ESCO) für die Wartung der Thermalinstallationen in Gebäuden, Einrichtungen sowie die Wartung der Anlagen des kommunalen Sportinstituts (Patronato Municipal de Deportes). Das Ziel dieser Art von Vertrag ist die Verbesserungen im Bereich Energieeffizienz durch Vorfinanzierung aller notwendigen Maßnahmen durch die Energiekonzerne zu fördern. Die erreichten Einsparungen garantieren die Rückzahlung an das Unternehmen. Nach der Vertragslaufzeit von 10 Jahren fallen die Energie- und Finanzersparnisse zurück an den Stadtrat.

Die vorgeschriebenen, vertraglich festgelegten Verbesserungsarbeiten gelten für Einrichtungen, Wärmerückgewinnungs-Anlagen, Verbesserung der Rohrisolation, Ersatz von Boi-

lern, Installation von Stromzählern, die Installation von Kraft-Wärme-Kopplungs-Module und thermische Solarenergie. Kritische Faktoren für den Erfolg dieses Energiedienstvertrages sind: technische Berichte bezüglich des Verbesserungspotential und der Wartung von Installationen in Gebäuden gemäß Umweltmanagementnorm (ISO 14.001); sowie die Installation von Thermofühlern zur Kontrolle des Wohlbefindens der Personen in den Gebäuden.

2009 wurde ein neuer Energieservicevertrag für die Energieversorgung und Wartung geschlossen (2009-2014). Der Vertrag schließt die Investition von 246.000 Euro für die Verbesserung des Beleuchtungssystems in allen Einrichtungen während des ersten Vertragsjahres ein. Der erste Energieservicevertrag für öffentliche Gebäude im Baskenland wurde 1999 von der Stadt Vitoria geschlossen. Im Jahr 2008 wurden 320 kommunale Gebäude in den Vertrag einbezogen. Dadurch konnten die CO₂-Emissionen um 2.000 Tonnen reduziert werden.

Die Formulare für die Ausschreibung können unter <http://www.vitoria-gasteiz.org> heruntergeladen werden.

Im Dezember 2009 hat der Ministerrat Energieserviceverträge für 330 öffentlichen Gebäuden in Verwaltungen Spaniens zugestimmt, um den Energieverbrauch bis 2016 um 20% zu reduzieren.

Eine Vorlage für Ausschreibungsunterlagen für Energieservice-Contracting für öffentliche Gebäude wurde von IDAE (Institute for Diversification and Saving of Energy, Spanisches Ministerium für Industrie, Tourismus und Handel) entwickelt:

<http://www.idae.es/index.php/mod.pags/mem.detalle/idpag.51/relcategoria.2595/relmenu.143/lang.uk>

Interkommunale ökologische Beschaffung in der Praxis

Modelle für interkommunale Beschaffung

Es gibt verschiedene Ansätze für die Nutzung eines gemeinsamen öffentlichen Beschaffungsprozesses in Europa. Auf den ersten Blick scheint das perfekte Modell ein Prozess zu sein, bei dem die Partner als ebenbürtige Partner ausschreiben (komplette ökologische interkommunale Beschaffung (FJGPP)). In der Praxis kann dies bedeuten, dass alle Schritte einer Ausschreibung gemeinsam organisiert werden oder dass es eine gemeinsame verantwortliche Organisation gibt. Die Anzahl der Produkt- und Dienstleistungseinheiten wird durch die Nachfrage der Partner festgelegt. Aufgrund verschiedener rechtlicher Rahmenbedingungen der Partner kann dieses Modell nicht in den unterschiedlichen Ländern angewandt werden. Andere Hindernisse sind zum Beispiel Partnerschaftsbedingungen, verschiedene Zeiträume der Produktnachfrage, komplizierte Prozesse und Organisatorisches, etc. FJGPP ist nur für einige wenige, ausgesuchte Fälle die Lösung. Ein einfacheres Modell basiert auf den verschiedenen Rollen der Partner: Ein Partner organisiert individuell die Ausschreibung, aber alle Bedingungen können auf die anderen Partner angewandt werden („Piggy Backing“ (PBJGPP)). Oft kennen die Unternehmen, die Waren und Dienstleistungen zu diesen Konditionen liefern, den Effekt auf die anderen Partner. Das Modell kann leicht angewandt werden, wenn alle Partner ihre Einkäufe mit vereinfachten Modalitäten in ihren nationalen Beschaffungsprozessen tätigen. Für Oberösterreich bedeutet dies, dass durch regionale Beschaffung Produkte und Dienstleistungen für 100.000 Euro ausgeschrieben werden können, indem mit einer handvoll potentieller Lieferanten gearbeitet wird. Alle 444 Kommunen können festgelegte Kriterien individuell für Ausschreibungen bis zu 100.000 Euro nutzen. Zusätzlich sollte erwähnt werden, dass es in einer zukünftigen Vereinfachung ein Modell gibt, das auf einem Informationsaustausch der Ausschreibungsbedingungen durch eine Plattform basiert. In diesem Fall teilen die Partner ihr Wissen, aber alle Partner kontaktieren die Unternehmen selbst.

Praxisbeispiel in Spanien: Gemeinsamer Beschaffungsprozess der Autonomen Gemeinschaft Katalonien

Im Jahr 2005 stimmte die Autonome Gemeinschaft Katalonien einem Übereinkommen zu, um die ökologischen Ausschreibungen zu fördern und eine Überwachungskommission zu gründen, die aus Mitgliedern des Umwelt- und Finanzministeriums besteht. Die Kommission hat zwei Hauptaufgaben: Die Eingliederung von Umweltkriterien in die Rahmenbedingung für zentralisierte gemeinsame Beschaffung (z. B. IT-Equipment, Fahrzeuge, Reinigungsservice und Möblierung) und die Entwicklung von Richtlinien mit gemeinsamen Umweltkriterien für dezentrale Beschaffung (z. B. Gebäudewartung, Textilien und Publikationen). Ende 2009 waren für 6 von 10 Produkten des EU GPP Toolkit die Rahmenbedingungen bereits in den Umweltkriterien eingeschlossen.

Öffentliche Verwaltungen (Stadtverwaltungen etc) und andere öffentliche Einrichtungen (öffentliche Universitäten etc) können an zentralen und gemeinsamen Beschaffungsprozessen teilnehmen, die von der Central Commission on Supplies (Comissió Central de Subministraments, CCS) des Finanzministeriums der Autonomen Gemeinschaft Kataloniens sehr einfach verwaltet werden:

Zuerst müssen die öffentliche Beschaffungsstelle und CCS eine Vereinbarung unterschreiben, die die interadministrative Zusammenarbeit regelt. Im zweiten Schritt wird direkt ein Vertrag zwischen der öffentlichen Instanz und Lieferanten und Dienstleistern geschlossen, um das komplizierte Rechtsverfahren der öffentlichen Beschaffung (Ausschreibung, Anbieterauswahl etc) zu umgehen. Die Beschaffungsstelle hält sich an den im Vertrag festgelegten Betrag und kontaktiert nur die Anbieter, die in der Rahmenvereinbarung festgelegt

sind. Die Rahmenvereinbarung, die allen Rechts- und Transparenzvorschriften entspricht, erleichtert die Schließung künftiger Verträge. Daher muss die öffentliche Beschaffungsstelle keine Ausschreibungen vornehmen (Anbieter wurden schon festgelegt) oder Produkttypen spezifizieren (Modell, Marke, etc).

Wenn die Vereinbarung unterzeichnet ist, ist sie nur auf die festgelegte Produktgruppe und vereinbarten Dienstleistungen wirksam. Die Möglichkeit des Internetkaufs ist im Mustervertrag eindeutig erwähnt.

Anfang 2010 haben fast 300 öffentliche Beschaffungsstellen im gemeinsamen Beschaffungssystem der Autonomen Gemeinschaft Kataloniens mitgemacht.

Quelle:

http://mediambient.gencat.cat/cat/compra_verda/inici.jsp

<http://www.gencat.cat/economia/ambits/contractacio/ccs/organismes/index.html>

Gemeinsame Kriterien für öffentliche kommunale Beschaffung

Öffentliche Beschaffung, die sich oft nur auf den Preiswettbewerb bei der Beschaffung von zum Beispiel Büroausstattung oder Fahrzeuge für den Fuhrpark konzentriert, ist immer noch ein unterschätztes Instrumentarium der Innovations- und Umweltpolitik. Es mangelt immer noch an einer Gesamtstrategie, die die Nebeneffekte wie Förderung der lokalen Wirtschaft oder Imageverbesserung beinhaltet. Gleichzeitig können zusätzliche Investitionen angesichts der globalen Wirtschaftskrise im öffentlichen Sektor neue Arbeitsstellen schaffen. Daher können die verschiedenen Prozesse zur Förderung der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung erfolgreich dazu beitragen, einige Probleme zu lösen.

Das Projekt pro-EE, das unter dem EU-Programm Intelligent Energy läuft, konzentriert sich auf eines der Hauptarbeitsfelder des Programms: die Verbesserung von Energieeffizienz der öffentlichen Beschaffung in sechs europäischen Regionen. Der Arbeitsplan beinhaltet die Erarbeitung von „gemeinsamen ökologischen Kriterien“. Diese Kriterien arbeiten als gemeinsamer Nenner. Anspruchsvoll, aber immer noch praktikabel für die einzelnen Länder, während jedes Land frei entscheiden kann, noch anspruchsvollere Kriterien anzuwenden. Die gemeinsamen Kriterien sollten nicht nur aus einer Auswahl von Indikatoren bestehen, sondern auch aus einer Auswahl von konkreten Kennzahlen für die Energieeffizienz.

Hinsichtlich der Schaffung von gemeinsamen ökologischen Kriterien gibt es verschiedene Modelle, die man nutzen kann: Einführung von anspruchsvollen Kriterien direkt von Anfang an, Aufstellung von Zielsetzungen (Baskenland) oder die Einbeziehung von Mindestkriterien und dem Gewähren von Bonuspunkten für bessere Produkte (Oberösterreich). Jedes Land wählt seinen eigenen Ansatz, um Produkte mit der höchsten Energieeffizienz zu beschaffen.

Forschungsergebnisse für energierelevante Produkte – Herausforderungen, denen man sich stellen muss

Die Entwicklung des Antrags für ökologische öffentliche Beschaffungskriterien (GPP) findet auf lokaler Ebene statt (wie in der Stadt Wien) sowie auf nationaler oder EU-Ebene. Viele dieser Anträge sind vergleichbar mit den festgesetzten Schwellenwerten für Energieverbrauch oder CO₂-Emissionen (Energy Star-Kriterium). Unterschiede gibt es in anderen Umweltkriterien wie zum Beispiel Lärminderung, Schadstoffmenge oder leichte Reparaturen. Diese Kriterien sind von der Produktgruppe abhängig.

Da es zwei verschiedene Modelle gibt, die Kostenersparnisse durch geringeren Energieverbrauch thematisieren, ist die Festlegung der Energiekriterien komplizierter als die der Umweltkriterien. Üblicherweise ist niedriger Energieverbrauch ein Umweltkriterium. Ein weiterer Ansatz beinhaltet Eingliederung von Kostenvorteile von geringem Energieverbrauch in die Preiskriterien. In diesem Fall werden die Preise mit dem Gesamtbetriebskosten-Modell (TCO-Modell) errechnet. Zusätzlich wird die EU in Zukunft einen weiteren Schritt erlauben: Die Einbeziehung externer Kosten um CO₂ Emissionen (Fahrzeuge) zu vermeiden. Vorschlag für eine Direktive des Europa-Parlamentes und des Europarates vom 8. Juli 2008:

http://europa.eu/legislation_summaries/transport/transport_energy_environment/tr0007_en.htm

Bei der Kriterienauswahl muss der offizielle Status des GPP-Antrags beachtet werden. Jedoch werden die auf der GPP-Webseite der EU gelisteten Kriterien in Zukunft voll unterstützt, sind im Moment jedoch noch freiwillig. Es ist sinnvoll, die EU-Kriterien im Programm "Green Public Procurement (GPP) Training Toolkit" als Richtlinie zu nutzen. Wenn man das Ziel von erweiterten Umweltkriterien beachtet, sollte das „umfassende“ Modell der EU dem „Punkte“-Modell vorgezogen werden. Die Webseite präsentiert 18 Kriterienblätter (auch IT und Fahrzeuge), aber es sind bereits zusätzliche geplant.

Antrag für gemeinsame GPP-Kriterien

Ökologische kommunale Beschaffung begegnet vielen Problemen. Im Gesamtbetriebskosten-Modell können zusätzliche Kosten für GPP entstehen. Energiekriterien haben oft ein gutes Amortisationsergebnis. Jedoch können andere Umweltkriterien, wie z. B. umweltfreundliches Material oder Lärminderung, die Gesamtkosten erhöhen.

Beschaffer/innen treffen häufig auf das Problem fehlender Geldmittel für die Erfüllung von Umweltkriterien. Wenn Produkte aufgrund ihres umweltfreundlichen Designs teurer sind, werden weniger Produkte beschafft. Das führt zu Umweltämtern, die ökologisch beschaffen wollen, aber durch fehlende Gelder eingeschränkt sind.

Auch wenn höhere Energieeffizienz nicht automatisch mit höheren Preisen verbunden ist und sich die Energiespar-Produkte amortisieren, können festgelegte Budgets für Investitionen und Energiekosten immer noch ein Hindernis für GPP sein. Die Einführung eines Limits für Zusatzkosten könnte eine Lösung für das Problem sein.

Der folgende Vorschlag ist flexibel ausgelegt um die verschiedenen Bedürfnisse und Voraussetzungen für GPP im öffentlichen Sektor zu erfüllen. Der Vorschlag entspricht den folgenden Mindestanforderungen:

- Partner berücksichtigen TCO-Ansatz – Einbindung des Energieverbrauchs entweder im Kostenfaktor oder in den Umweltkriterien.
- Basis für die pro-EE Produktgruppe ist das "Comprehensive GPP Criteria Model" der EU. Für weitere Standardproduktgruppen hat ICLEI als Beratungsgremium im Projekt angeboten, zusätzliche Vorschläge zu erarbeiten, die mit den Aktivitäten im EU-Schema verbunden sind.
- Partner können Kriterien ausschließen, wenn die Zusatzkosten aufgrund des TCO-Modells höher als 10% sind, verglichen mit nichtökologischen Produkten. Alle Kriterien unter 10% Zusatzkosten müssen erfüllt werden. Die Kernkriterien des GPP sind bindend.

- Ökologische Kriterien haben sowohl bei technischen Spezifikationen als auch, wenn möglich, bei Auszeichnungskriterien einen erheblichen Einfluss (mehr als 20%)

pro-EE Partner analysierten die folgenden Vergabeverfahren, die für gewöhnlich in den verschiedenen Ländern oder Regionen genutzt werden:

Ökologische Kriterien bei technischen Spezifikationen

Ökologische Kommunale Beschaffung begegnet verschiedenen Herausforderungen. Zusatzkosten für GPP können im TCO-Modell entstehen. Energiekriterien haben oft ein gutes Amortisationsergebnis. Jedoch haben andere Umweltkriterien, wie die Nutzung von umweltfreundlichen Material oder Lärminderung einen umgekehrten Effekt und können die Kosten erhöhen.

Land	Vergabekriterium
EU	Die EU-Ebene arbeitet mit Prozentrechnung für Gewichtungskriterien
Region Oberösterreich	Die Region arbeitet mit Prozentrechnung für Gewichtungskriterien
Mainz (Deutschland)	Angepasstes Prozent-Modell: Kriterium/Preis
Städte in Griechenland	100%-Preis (Jedoch ist angedacht, dass der Preis zwischen 50 und 60 % der in der Vertragsvergabe angegebenen Gesamtpunktzahl entspricht.)
Cascais, Torres Vedras (Portugal)	Prozentsatz-Modell (ökologische Kriterien werden selten genutzt)
Ferrara (Italien)	Prozentsatz-Modell

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/environment/gpp>

Ökologische Kriterien in der EU und Partnerländern

Beispiel der Region Oberösterreich

Der "Ökoleitfaden" (geregelt durch ein Umweltprogramm aus dem Jahr 2008 mit einer daraus resultierenden Umweltpolitik) kann für nachhaltige Beschaffung genutzt werden und basiert auf den "Kern"-Kriterien (und teilweise auf den "umfassenden" Kriterien) welche von der EU über die GPP Aktivitäten empfohlen werden.

Vorerst sind die Kriterien bei den derzeit von der zentralen Beschaffung des Landes Oö bearbeiteten 15 Produktgruppen implementiert. Die Produktgruppen sollen sukzessive auf alle 26 Zuständigkeitsbereiche erweitert werden. Für einige dieser Gruppen ist es schwierig, nachhaltige Kriterien festzulegen (z.B. Versicherungen). Innerhalb dieser Produktgruppe und in allen anderen Gruppen wird zukünftig den sozialen Aspekten der Beschaffung (z.B. durch Klauseln zur Auftragsabwicklung) mehr Beachtung geschenkt.

Generell liegt ein großer Fokus innerhalb der Produktgruppen auf Energieeffizienz, Einfluss auf den Endnutzer und die Umwelt, Lebenszykluskosten und Müllentsorgung. Die ökologischen Vergabekriterien einer IT-Ausschreibung über PCs und Notebooks wurden mit 20% bzw. 25% gewichtet. Mindestkriterium war ein Lieferant mit zertifizierter Umweltmanagementnorm wie ISO 14001 oder EMAS.

Der Ökoleitfaden ist eine Deklaration zwischen der Verwaltungsführung und den Beschaffungsverantwortlichen. Zusätzlich ist der Leitfaden eine Absichtserklärung von Oberösterreich, nachhaltig, ökologisch und ökonomisch zu beschaffen und ein positives Beispiel für öffentliche Beschaffung, private Unternehmen und Privatpersonen zu sein. Eine Koordina-

tion zwischen dem Ökoleitfaden und dem staatlichen Beschaffungsbüro innerhalb des nationalen Aktionsplanes für nachhaltige Beschaffung ist geplant. Oberösterreich hat für ein entsprechendes Monitoring ein Kontrollsystem über die Einhaltung der von der EU vorgeschlagenen Kriterien in Form einer Ampelbewertung der Ist-Situation einer jeden überprüften Institution entwickelt und dies gleich in den Ökoleitfaden eingearbeitet.



Beispiel – der Nationale Aktionsplan von Portugal zu nachhaltiger ökologischer interkommunaler Beschaffung

Im Juli 2006 hat die Regierung eine Arbeitsgruppe zum Thema GPP mit dem Ziel der Entwicklung eines nationalen Aktionsplans gebildet. Der Plan legt fest, bis 2010 Umweltkriterien zu 50% in öffentlicher Beschaffung einzuschließen. Der Plan wurde von der Regierung 2007 genehmigt (Resolução do Conselho de Ministros n° 65/2007). Nach der Veröffentlichung des nationalen Aktionsplans hat die Arbeitsgruppe eine Zusammenstellung von Umweltkriterien für verschiedene Produkt- und Dienstleistungsgruppen entwickelt. Im Plan festgelegte primäre Sektoren sind öffentliche Arbeiten wie Beleuchtung und Equipment; Verkehrswesen, inkl. Dienstleistungen; Energie; Büroausstattung; Büroverbrauchsmaterialien; Reinigungsmittel; Verwaltung und Wartung und Infrastruktur-Services. Dem nationalen Aktionsplan folgend wurde eine Schulung zu GPP für öffentliche Beschaffer/innen für Mai 2008 festgesetzt. Dieser Plan ist hauptsächlich für zentrale Verwaltungen. Lokale Verwaltungen werden später mit einbezogen. Nach der Veröffentlichung des nationalen Aktionsplans wurde die Nationale Agentur für Öffentliche Beschaffung gegründet. Die Agentur hat die Aufgabe die Rahmenbedingungen für alle zentralen Verwaltungen in den vielen verschiedenen Produktkategorien auszuhandeln. Da die Anzahl der Produktkategorien steigt, wird der Einkauf der zentralen Verwaltungen über eine elektronische Plattform laufen, die verpflichtend für alle öffentlichen Organisationen ist. Die Agentur integriert zunehmend Umweltkriterien in die Rahmenbedingungen, aber es ist für die Beschaffungsorganisationen immer noch möglich, weitere Umweltkriterien zu verhandeln.

Spanien: NAP on GPP und Aktionsplan zu Energieeffizienz in Gebäuden der Landesverwaltung

Im Januar 2008 wurde ein nationaler GPP-Aktionsplan durch den Ministerrat verabschiedet. Entsprechend dem EU GPP Toolkit wurden acht Produktgruppen als vorrangige Produktgruppen, z. B. Bau und Wartung, Energie, Transport, Büroausstattung, Papier und Publikationen, Mobiliar, Reinigungsprodukte und -service sowie Events, festgelegt. Für jede dieser Produktgruppen wurden spezifische Ziele sowohl quantitativ (generelle Verbrauchsminderung) als auch qualitativ (ökologische und energieeffiziente Energiekriterien gemäß EU GPP Toolkit) festgelegt. Auf beide Ebenen der ökologischen Beschaffung wurden je nach Produktgruppe Ziele zwischen 25% und 100% festgelegt. Kodizes für Good Practice-Beispiele wurden entwickelt. Eine interministerielle Kommission ist verantwortlich für die Umsetzung dieser Kodizes. Schulungen werden durch das Umweltministerium mit Unterstützung von Experten/innen von privaten Instituten wie das Ecoinstitut Barcelona durchgeführt. Im Bereich Energieeffizienz übernahm der spanische NAP on GPP die Ziele des Aktionsplans für Energieeffizienz in Gebäuden der staatlichen Verwaltung, die durch die IDAE (Institute for Diversification and Saving of Energy, Spanisches Ministerium für Industrie, Tourismus und Handel) entwickelt wurden. Das Ziel ist die Reduzierung des Energieverbrauchs um 9% bis 2012 und um 20% bis 2016.

Interkommunale ökologische Beschaffung in verschiedenen Ländern Europas

Interkommunale öffentliche Beschaffung - Oberösterreich

Nationale Rahmenbedingungen

Rechtsgrundlage für Beschaffung in Österreich ist das „Bundesvergabegesetz 2006 – BvergG 2006“. Im Jahr 2009 wurde der Schwellenwert für die Beschaffungsausschreibungen von 40.000 auf 100.000 Euro erhöht. Im Projekt pro-EE wurden alle Produktangebote unter Einbeziehung dieses Schwellenwerts organisiert. In der Praxis ist dieser Schwellenwert für jede einzelne Kommune gültig. Lediglich bei der Landesverwaltung und beim Bund werden die Bedarfe aller Dienststellen zusammengefasst. So ist es dem Beschaffer/innen möglich, mit einer Reihe von Lieferanten individuell zu arbeiten.

Oberösterreich ist ein Mitglied der führenden Gruppe des Nationalen Aktionsplan für Nachhaltige kommunale Beschaffung. Dieser Plan beinhaltet die Durchführung nachhaltiger Beschaffung in allen österreichischen Beschaffungsinstituten. Die Kriterien für 16 Produktgruppen, inklusive der 10 Gruppen, die auf der GPP-Webseite der EU erwähnt sind, sind in einem Dokument festgehalten und wurden im Juli diesen Jahres als Ministerratsvorlage verabschiedet.

Die Kernkriterien entsprechen den freiwilligen Mindestvorgaben und die umfassenden Kriterien sind für zukunftsweisende Organisationen gedacht. Das Problem, dass öffentliche Beschaffer/innen haben, ist, dass sie nachhaltige Produkte kaufen müssen und es keine spezifischen Informationen zu seriösen Kriterien gibt. Um dieses Problem zu lösen werden alle Informationen zu neuen europäischen Kriterien auf einer Webseite gesammelt.

(www.nachhaltigebeschaffung.at).

Diese Webseite wird als „einmalig nachhaltig“ beworben.

Wenn jemand ökologische Produkte kaufen möchte, ist der erste Schritt der Blick auf diese Webseite. Die Webseite soll als Plattform genutzt werden, auf der jeder die eigenen Projekte und Ergebnisse präsentieren und mit anderen teilen kann.

Die besten Projekte sollen dann als Musterbeispiel (z.B. Bewertungsmodell für gedruckte oder kopierte Seiten statt dem Kauf von Druckern oder Kopierern; Energielieferungsvertrag in nationalen Gebäuden, etc) präsentiert und jährlich von einer Experten/innenjury ausgezeichnet werden.

Oft hohe Anschaffungskosten sind ein Hindernis bei der Produktbeschaffung. Das, sowie weitere Budgetprobleme, sollten durch ein Team aus Finanzexperten/innen besprochen werden, um passende Lösungen zu finden. Ein Vorschlag ist ein spezielles Budget für nachhaltige Beschaffung einzuführen (z.B. 10 % des Gesamtbudgets), aber dies ist nur möglich wenn sich die Investition laut TCO innerhalb eines bestimmten Zeitpunkts (z.B. 3-5 Jahre abhängig von der Lebenszeit des Produkts) amortisiert. Generelle Probleme müssen von Produkt zu Produkt in Workshops mit Experten/innen der jeweiligen Gruppen diskutiert werden. Dann wird dies in einer Führungsgruppe besprochen, die aus verschiedenen Ministerien, Handelskammer, Landwirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Vertretern/innen öffentlicher Beschaffer aus den 9 Bundesländern Österreichs, Vertretern/innen der nationalen Beschaffungsabteilung und dem Österreichischen Städtebund besteht. Das Ergebnis wird vom Umweltministerium gemäß dem Überwachungssystem der Europäischen Gemeinschaft überprüft.

Akteure

Eine zentrale Institution, die vorrangig die nationale Beschaffung unterstützt, ist die „BBG – Bundesbeschaffungsgesellschaft“ und wurde 2001 vom Finanzministerium gegründet. Das Ziel ist die Schaffung einer zentralen Beschaffungsplattform durch nationale Behör-

den. Das BBG ist auch offen für regionale und kommunale Behörden. Mehr als 30 Produktgruppen werden angeboten und decken eine breite Produkt- und Servicepalette ab. Die meisten Produkte können online gekauft werden. Auf nationaler Ebene ist das Umweltministerium verantwortlich für die Koordinierung eines Nationalen Aktionsplans zu ökologischer interkommunaler Beschaffung, um die Forderungen der EU zu erfüllen.

Die Beschaffung für regionale Verwaltungen wird von dem neu gegründeten Dezernat als Teil der Abteilung für Gebäudemanagement und Beschaffung durchgeführt. Das Büro wurde im Sommer 2006 gegründet, um effiziente Beschaffung und die Zusammenarbeit mit der nationalen Beschaffungsinstitution, BBG, sicherzustellen. Es gibt fünf verschiedene Beschaffungsgruppen, die alles von IT, Büromaterialien (z. B. Papier), Büro- und andere Elektrogeräte bis hin zu Brennstoffe und Wartung abdecken. Im Jahr 2007 kaufte das Beschaffungsbüro Waren in einem Gesamtwert von 28,35 Millionen Euro ein. Innerhalb des Projekts pro-EE wurde ein Prozess zur Einbeziehung ökologischer Kriterien in den Beschaffungsverfahren gestartet („Ökoleitfaden“). Der Oberösterreichische Gemeindebund wurde, indem man ihm Musterausschreibungen zur Verfügung stellte, in die Aktionen eingebunden.

Kommunen agieren als Einkäufer, werden aber in finanzieller Hinsicht von der Direktion Inneres und Kommunales beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung kontrolliert. Diese Direktion ermöglichte den Kommunen einen kostenlosen Zugang zum Online-Shop der Bundesbeschaffungsagentur. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Kommunen eher lokale Produkte kaufen, wenn sie dabei kleine Unternehmen unterstützen. Ökologische Kriterien sind sehr selten der Standard.

Informationen zu ökologischen Produkten finden Sie im Internet unter www.topprodukte.at. Einige österreichische Energie- und Umweltagenturen bieten Beratungsservice und Broschüren an.

Die neuen Partnerschaften im Projekt pro-EE werden ökologische Produkte in Kommunen und bei regionalen Behörden fördern.

In Übereinstimmung mit den Zielen des Projektes pro-EE sind Ausschreibungen, die von der Abteilung für Gebäudemanagement und Beschaffung organisiert werden, auch für Kommunen offen. Ökologische Kriterien stellen einen wesentlichen Teil der Ausschreibungen dar. Konditionen gelten sowohl für Behörden der Oberösterreichischen Landesregierung als auch für Kommunen. Gewöhnlich ist die Beschaffung auf 100.000 Euro pro Aktivität beschränkt um die komplizierten Bearbeitungsvorschriften des Bundesvergabegesetzes zu vermeiden. Wenn durch ökologische Produkte zusätzliche Kosten auftreten oder wenn die TCO-Bilanz nicht ausreichen ist, werden Zuschüsse an die Kommunen gewährt. Mehr als die Hälfte aller Gemeinden sind Mitglied im Klima-Bündnis und haben daher die Möglichkeit eines „10.000 Euro Förderprogramms“, das vom Land Oberösterreich zur Verfügung gestellt wird. Theoretisch werden alle klimarelevanten Aktivitäten, die nicht in der Standard-Verordnung vorgesehen sind, in diesem Programm unterstützt. Im Projekt pro-EE geht man einen Schritt weiter und plant eine aktive Rolle bei der Organisation von aktiven Beschaffungsdienstleistungen für Kommunen und fördert daher die Klimapolitik auf kommunaler Ebene. Eine Zusatzfinanzierung kann von der Oberösterreichischen Landesregierung für spezielle Aktivitäten der 444 Kommunen aufgebracht werden. Im Jahr 2007 wurde eine höhere Mineralölsteuer eingeführt, um zusätzliche Finanzierungen für Klimaschutzmaßnahmen in den Gemeinden bereitzustellen. In Oberösterreich führte dies zu einem jährlichen Zusatzbudget in der Höhe von 9,5 Millionen Euro. Die Methoden und Maßnahmen, die mit diesem Budget verknüpft sind, werden durch einen

speziellen jährlichen Prozess abgewickelt, der die Möglichkeit bietet, ökologische Produkte in Kommunen einzukaufen.

Konkrete Aktionen im Rahmen der regionalen Plattform

Während des Jahres 2009 wurden erste Ausschreibungen für ökologische Produkte organisiert und Produktdatenblätter für Fahrradständer, LED-Weihnachtsbeleuchtung und einem Austauschprogramm für Elektrogeräte (<http://www.klimarettung.at/de/108/>) veröffentlicht. In einigen Fällen bekommen Klima-Bündnis Mitglieder finanzielle Unterstützung in Form eines Sonderförderprogramms für Fahrradständer, LED-Weihnachtsbeleuchtung und Alt-Elektrogeräteaustausch.

Erfahrung und Empfehlungen Oberösterreichs

- regionale Beschaffungsinstitute erhalten oft bessere Finanzbedingungen als größere nationale Institute. Es gibt keine Garantie für bessere Preise durch Großeinkäufe, obwohl in der Regel davon auszugehen ist.
- Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Beschaffungsinstituten machen je nach Produkten und Anzahl Sinn.
- für kleine Kommunen ist die lokale Wirtschaft ein wichtiges Thema. Daher müssen dezentrale Beschaffungsinstitute auch dezentrale Lösungen (z. B. ein Händlernetzwerk) finden.
- kommunale Beschaffer/innen bekommen oft nicht alle an die Kommune geschickten Informationen.
- lokale klima- oder energieorientierte Arbeitsgruppen und regionale Managementinstitute sind eine gute Basis, um ökologische kommunale Beschaffung in Gemeinden zu fördern.

Zusätzlich erhält die ökologische Beschaffung auf europäischer Ebene Unterstützung durch die EU: „Öffentliche Beschaffung für eine bessere Umwelt/Public Procurement for a Better Environment“ (COM (2008) 400/2).

Ökologische interkommunale Beschaffung - Deutschland

Nationale Rahmenbedingungen

Aufgrund der Bundesland-Struktur des Landes liegt die Kontrolle der Zusammenarbeit zwischen Kommunen bei den einzelnen Bundesländern. Die Bundesländer haben entsprechende Gesetze über gemeinsame Projekte und Kooperationen erlassen, die Kommunen zur Erfüllung von Aufgaben berechtigen, für die sie gemeinsam verantwortlich sind. Aufgaben können entweder in einer institutionalisierten Form durch ein gemeinsames Gremium durchgeführt werden oder die Behörde delegiert an eine teilnehmende Kommune, die die Aufgaben für die anderen gemäß der Vereinbarung übernimmt.

Generell ist gemeinsame Beschaffung von öffentlichen Auftraggebern, die voneinander unabhängig sind, ein Balanceakt: zwischen Sparmaßnahmen, die durch öffentliche Körperschaften eingeführt wurden und die Erhaltung des Marktes zugunsten von kleineren Firmen. Hierbei muss erwähnt werden, dass gemeinsame öffentliche Beschaffung und kooperierende Gemeinschaftsunternehmen dem Kartellrecht unterliegen.

Wenn eine Kommune eine Ausschreibung zur gemeinsamen Beschaffung mit anderen Kommunen vornimmt, handelt es sich dabei im Wesentlichen um ein Beschaffungs-Kartell, was im Prinzip durch §1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, GWB verboten ist: Die zur gemeinsamen Beschaffung gegründete Gruppe basiert auf einer Vereinbarung zur Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen, was zu einer wettbewerbswidrigen Maßnahme im Sinne von §1 des GWB führt (ausführliche Erklärung bei Schindler, S., 2008. Öffentliche Elektronische Beschaffung kommunaler Einkaufsgemeinschaften, S.190ff.).

Jedoch besteht Wettbewerbsschädigung nicht regelmäßig, sodass kein verbotenes Kartell gemäß §1 GWB entsteht (siehe auch Schindler, S. 2008. Public Electronic Procurement kommunaler Einkaufsgemeinschaften, S. 208). Daher muss von Fall zu Fall entschieden werden, ob ein erkennbarer Einfluss auf den Markt besteht. Speziell der Marktanteil der jeweiligen Einkaufsgruppe auf dem entsprechenden Markt gibt Hinweis hierauf. Gemäß der De-Minimis-Ankündigung des Bundeskartellamts vom 13.03.2007 liegt der Grenzwert bei einem Marktanteil von mehr als 15 % (Details in Schindler, S. 2008. Öffentliche elektronische Beschaffung kommunaler Einkaufsgemeinschaften, S. 211 ff., 220).

Ein weiteres Problem für die Kooperation zwischen Kommunen in Deutschland ist begründet auf §99, Paragraph 1, Satz 2 des GWB. Die Städte und Gemeinden, deren Interessen vertreten werden, haben immer argumentiert, dass eine einfache Kooperation zwischen Kommunen eine organisatorische Übertragung von Aufgaben innerhalb der Behörden darstellt und somit nicht die Beschaffung auf dem externen Markt repräsentiert.

Der Europäische Gerichtshof fügte folgendes seiner Entscheidung vom 09.06.2009 hinzu (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:180:0002:0003:EN:PDF>). Jedoch darf der Beschluss des Europäischen Gerichtshofs nicht als Blankovollmacht für alle einseitigen, abgesonderten Verträge für bereitgestellte Dienstleistungen zwischen einer Kommune und einer anderen angesehen werden (z.B. Bereitstellung von Strom für die Behördengebäude durch kommunale Versorgungsunternehmen einer anderen Stadt ohne vorherigen Aufruf zur Ausschreibung). Gemäß der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs dürfen solche Szenarien nicht ohne vorherigen Aufruf zur Ausschreibung stattfinden.

Indirekt wird durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs beschlossen, dass Kooperationen ohne Ausschreibungen auf Basis des Öffentlichen Rechts limitierte „regionale Kooperationen“ sind - ähnlich kommunaler gemeinsamer Versorgungsunternehmen. Eine Kooperation ohne Ausschreibung zwischen voneinander entfernten Kommunen (z.B. Flensburg mit Garmisch-Partenkirchen) sollte hiernach rechtlich schwer vorstellbar sein“. (Norbert Portz, 09.06.2009. www.dstgb-vis.de/home/rechtsprechung/dstgb_begruesst_eugh_entscheidung_kein_vergaberecht_bei_interkommunalen_kooperationen/index.html)

Ein klärender Artikel (§ 99, Paragraph 1, Satz 2 des GWB) zu Kooperationen zwischen Kommunen wurde während der Gesetzesreform zur Öffentlicher Beschaffung im Jahr 2009 abgeschafft. Somit wurde in letzter Minute die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses aufgegeben.

Einige Akteure

Die folgenden Akteure gehören zu denen die verschiedene Methoden und Produkte in Deutschland angenommen haben:

- das Bundesland Rheinland-Pfalz
- der Verband Region Stuttgart
- die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft – KWL, eine „100%ige Tochter des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB)“.

Konkrete Aktionen

Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2010 lud das Bundesland Rheinland-Pfalz zu einer Ausschreibung für IT-Zubehör ein, bei der Kommunen mitmachen konnten. Kriterien bezüglich des Verbrauchs von Ressourcen während der Herstellung, Energieeffizienz im Unternehmen, Entsorgung und soziale Aspekte wurden miteinbezogen.

www.mainz.de/C1256D6E003D3E93/files/20100316_Werle.pdf/%24FILE/20100316_Werle.pdf

Verband Region Stuttgart

Im Fokus der Kooperation innerhalb des im Juni 2002 gestarteten Projekts für die gemeinsame Ausschreibung und Beschaffung für Städte und Kommunen in der Region Stuttgart war die Verwirklichung einer gebündelten Ausschreibung in den Produktgruppen Büroartikel, IT-Equipment und Papier nach der Abklärung der rechtlichen und organisatorischen Machbarkeit.

Im Juni 2009 wurde die vierte europaweite Ausschreibung für Büroartikel und IT-Equipment beschlossen und die Gemeinden Böblingen, Esslingen am Neckar, Gäufelden, Herrenberg, Kornwestheim, Leonberg, Ludwigsburg, Remseck, Sindelfingen, Vaihingen an der Enz, Weil im Schönbuch, das Landratsamt Göppingen, das Bezirksamt Ludwigsburg, die Volkshochschule Böblingen-Sindelfingen, die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) und Verband Region Stuttgart haben teilgenommen. Das Preis-Leistungs-Verhältnis wurde für alle Teilnehmer der Ausschreibung zwischen drei und 30 Prozent verbessert, abhängig vom Aufbau des Produktkatalogs und der Beschaffungspraktik für die erste Ausschreibung.

Generell kann gesagt werden, dass es besonders kleineren Verwaltungen ermöglicht wurde, in das Großkundensegment als Ergebnis der Bündelung bezüglich der Preisgestaltung einzusteigen, wobei bessere Preise durch die Abnahme von größeren Mengen erreicht werden können.

Weitere Informationen: <http://www.region-stuttgart.org/vrs/main.jsp?navid=65>

Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft -KWL

Die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft (KWL) des Niedersächsischen Städte und Gemeindebundes (NSGB): die KWL bietet langjährige Erfahrung im Bereich gemeinsame Beschaffung. 1996 führte die Struktur des NSGB, die überwiegend kleinere ländliche Kommunen umfasst, dazu, dass die Notwendigkeit gesehen wurde, den Bedarf der Kommunen zu bündeln. So sollten bessere Preise bei verschiedenen Anbietern erzielt werden – unter anderem in den Bereichen Energie, Bedarf der Feuerwehr, Internet- und Telefondienstleistungen.

Weitere Informationen: http://www.kommunaleinkauf.de/kwl_aktuell/index.php

Informationen zu ökologischen Produkten in Deutschland finden Sie online unter:

Informationsservice für ökologische kommunale Beschaffung

www.umweltbundesamt.de/produkte/beschaffung/



Interkommunale ökologische Beschaffung - Griechenland

Nationale Rahmenbedingungen

Das CRES pro-EE-Team half, in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Entwicklung energiepolitischer Themen, bei der Formulierung eines Ministerialerlasses, der am 17. Juni 2008 in Kraft trat. Dieser Erlass, Joint Ministerial Degree (JMD), befasst sich mit dem Thema Energiesparmethoden im öffentlichen Sektor im Bezug auf die Beschaffung von stromverbrauchenden Produkten und Wartung/Verwaltung von Gebäuden. Innerhalb des JMD basieren Energiestandards für Elektro- und Bürozubehör auf einer Zusammenstellung von minimalen Energiebedürfnissen. Diese Standards haben das Ziel, ein neues Beschaffungsgesetz für den öffentlichen Sektor zu formulieren, das die Energy Award-Kriterien einbindet.

Durch vorherige Zusammenarbeit mit Kommunalbehörden, der „OTA21“, der Vereinigung von Kommunen der Region Nord - Ost Attica, hat CRES eine wichtige Projektpartnerschaft geschaffen. Der erste Erfolg war die Mitorganisation des Events „Energy Efficiency & Excellency in Local Authorities“, das vom Konferenzzentrum der Kommune Neo Iona veranstaltet wurde.

Die Identifikationsphase für die prominenteste Produktgruppe für interkommunale Beschaffung endete, basierend auf einer Vielfalt von Parametern (Eigentumsverhältnisse, technologische Erfolge, Zinsniveau, Klimafaktoren und soziale Kriterien), in einer gemeinsamen Betrachtung von *Beleuchtungsmittel- und Büroausstattungskategorien* mit den anderen Partnern. Je nach den Ergebnissen der JGPP-Zielvorgaben von Griechenland, kann auch eine andere Produktzusammenstellung für die speziellen Belange des öffentlichen Sektors in Griechenland (thermale Solarsysteme, Elektroroller, RES-Beleuchtungssysteme) in Betracht gezogen werden.

Es wurden ein offizieller Brief und Informationsmaterial an elf Mitgliedskommunen von DAFNI und CoM geschickt: Ios, Kea, Korthi, Lipsi, Milos, Moudros, Nisyros, Oia, Poseidonia, Skyros, Hydra. Alle diese genannten Kommunen befinden sich auf Inseln und alle sind Mitglieder im DAFNI Netzwerk für Nachhaltigkeit. Sie beteiligen sich am CoM und haben gleiche Charakteristika und Bedürfnisse. Die genannten Kommunen sind ideale Teilnehmer im Projekt pro-EE, weil sie eigenständige Regionen sind. Da sie nicht an das Hauptelektrizitätsnetz angeschlossen sind, sind sie verpflichtet, bestimmte Ziele des CoM zu erreichen und die Erzeugung des Stroms für die Inseln stößt hohe Mengen an CO₂ aus.

Einige Aktionen

Die Stadt Maroussi

Die Stadt Maroussi, Partner im Projekt pro-EE, hat die Entwicklung eines lokalen Energiekonzeptes vorbereitet und geplant. Mit der Adaptierung des Tools „Energy Efficiency Scan“ (ein Tool, das einen Überblick gibt und alle Aktivitätsfelder bezüglich Energieeffizienz analysiert) hat die Stadt Maroussi einen Scan durchgeführt und einen Aktionsplan aufgestellt. Der Energieeffizienz-Scan ist der erste Schritt des Aktivitätsplans und korrespondiert mit der Evaluation vorher existierender Aktivitäten. Die Europäische und Nationale Finanzierungsbehörde der Kommune Amaroussion steht unter der Verwaltung des Projekts pro-EE und verschickte nützliche Informationen via e-Mail in jede Abteilung. Danach wurden bilaterale Meetings mit dem Europäischen und Nationalen Finanzierungsbüro mit den zugehörigen Abteilungen organisiert: den Abteilungen für Umwelt, Planung

und Lebensqualität, der Integrierten Beschaffungsabteilung und dem Büro für Verkehrswesen.

Im Zusammenhang mit der Integration von Energieeffizienzkriterien in die öffentliche Beschaffung ersetzte die Stadt Maroussi im Jahr 2009 2500 Beleuchtungssysteme. Bis Ende 2009 sollen weitere 2.000 Beleuchtungssysteme ausgetauscht werden. Die alte Beleuchtung arbeitet mit Hochdruck-Quecksilberdampflampen, die neue Beleuchtung mit Halogen-Metallampflampen. Dieser Austausch bringt eine geschätzte Energieeinsparung von bis zu 40%.

Um die pro-EE-Aktionen effektiv umzusetzen wurde ein umfassender Strategieansatz festgelegt, der zwei bedeutende Prioritäten definiert. Siehe Zeichnung 1. Figure 1.

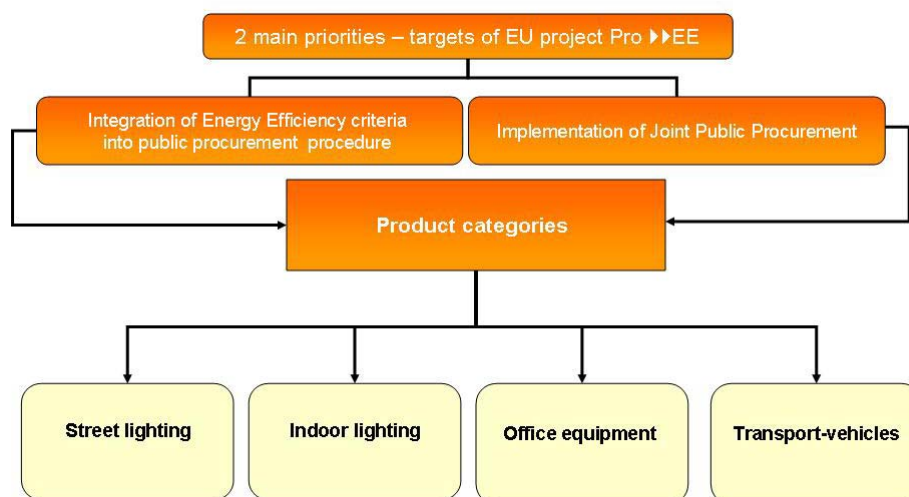


Figure 1

Zusätzlich zu einem Ablaufdiagramm, das die vorgeschlagenen Aktionen visuell vorstellt, wurde ein Faltblatt entworfen, das die Methodologie und den Ablauf zur Einführung der Pläne zur interkommunalen Beschaffung in Griechenland beschreibt.

NEEAP für den tertiären / öffentlichen Sektor

Der öffentliche Sektor sollte ein Zeichen setzen für die Verbesserung von Energiesparmaßnahmen, wie in der Richtlinie 2006/32/EC angegeben. Um dies zu erreichen wurde die Verwendung von energieeffizienter Technologie und RES-Systemen vorgeschlagen. Der Einsatz von energieeffizienten Kriterien in Ausschreibungen und Wettbewerbe für öffentliche Beschaffung wird als notwendig angesehen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen werden Pläne zur interkommunalen Beschaffung begrüßt und die Entwicklung eines zentralen Beschaffungsbüros könnte im Einführungsprozess der Maßnahmen des EEI (energy efficiency improvement = Energieeffizienzverbesserung) realisiert werden, wie im ersten griechischen NEEAP (Nationaler Aktionsplan zur Energieeffizienz) erwähnt. Die nachfolgende Tabelle fasst eine dieser Maßnahmen in Bezug auf den öffentlichen Sektor zusammen. Die gesamte Maßnahmenliste steht unter http://ec.europa.eu/energy/demand/legislation/doc/neeap/greece_en.pdf.

Titel der Maßnahme	Installationsverpflichtung von zentralen thermischen Solaranlagen um den Heißwasser-Anforderungen zu entsprechen
Kategorie	<ul style="list-style-type: none"> ○ einheitlich ○ Vorbildfunktion des öffentlichen Sektors
Regionale Anwendung	in ganz Griechenland
Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ○ Gebäude und Neubauten größer als 1.000m². ○ Von öffentlichen Körperschaften gemietete Privatgebäu-

	de.
Als Ziel gesetzte EEI Aktionen	Rechtsvorschriften zur verpflichtenden Installation von zentralen thermischen Solaranlagen um den Heißwasser-Anforderungen im öffentlichen Sektor zu entsprechen. Wie zum Beispiel in <ul style="list-style-type: none"> ○ Krankenhäusern, ○ Sportzentren, ○ Gebäuden von Wohlfahrtsorganisationen und Gebäuden für Zwecke bei denen ein hoher Bedarf an Warmwasser besteht. Die Überwachung der Qualität der Installationen und der Effizienz des Systems durch eine autorisierte Institution.
Effektivität	Thermale Solaranlagen werden 50-100% der konventionellen Brennstoffe und Elektrizität ersetzen, abhängig von Witterungseinfluss in der jeweiligen Gegend, der Last und der Position des Gebäudes.
Erwartete jährliche Energieeinsparungen in 2010 und 2016	Folgende Energieeinsparungen werden erwartet: <ul style="list-style-type: none"> ○ 2010: 10 GWh ○ 2016: 250 GWh. Gesamtkosten der Umsetzung: 100 Millionen Euro
Status der Umsetzung und genauer Zeitplan	Abgestufte Umsetzung: von 2009 bis Ende 2012 – Gebäude mit mehr als 1.000m ² ; ab 2014 – Gebäude mit mehr als 500 m ² ; 2016 – alle Gebäude.

Erfahrungen und Empfehlungen aus Griechenland

Während der Potenzialanalyse für die Umsetzung der Projektziele in griechischen Behörden wurde eine erhebliche Hürde erkannt: der *Mangel einer zentralisierten Beschaffungsagentur* für die Kommunen derselben Präfektur. Dieser Mangel könnte weitere Probleme verursachen wie zum Beispiel anfallende *Bürokratie* durch die Durchführung gemeinsamer Beschaffung, *individuelle Verwaltung von Beschaffungsbedürfnissen* von jeder Behörde, sowie *Komplikationen bei den rechtlich-behördlichen Themen und Prozessen*. Ein mit den administrativen Eigenheiten verbundener Parameter ist die *unterschiedliche Aufteilung von Beschaffungsverantwortlichkeiten unter den Kommunen*. In bestimmten Kommunen gehört die Beschaffungsabteilung direkt zur Kommune, während sie in anderen Kommunen auf kommunale Aktiengesellschaften verteilt ist.

Eines der größten zu überbrückenden Hindernisse ist die generelle Zurückhaltung der Behörden in einem JGPP mitzumachen. Dies ergibt sich aus ihren *Verbindungen mit der Kommune und lokalen Händlern/innen*.

Für zukünftige gemeinsame Beschaffungspläne wird der Fokus auf die Umsetzung einer energieeffizienten interkommunalen Beschaffung liegen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen bestimmte Schritte eingehalten werden:

1. Gründung eines Netzwerkes aus Behörden, die betroffen und motiviert sind, Energieeffizienzmerkmale in ihre Beschaffungsprozesse zu integrieren.
2. Klärung aller offenen Rechtsfragen zu gemeinsamen Ausschreibungen von Behörden und kommunalen Unternehmen. Festlegung des vorgeschlagenen JGPP-Plans gemäß den Eigenschaften der Teilnehmer.
3. Vereinbarung über gemeinsame Kriterien für bestimmte Produkte zwischen Behörden, die dem gegründeten Netzwerk angehören.
4. Organisation einer gemeinsamen Beschaffung ausgewählter Produkte, einschließlich Überprüfung und weiterer Entwicklung einer Ausschreibung basierend auf dem bereits zusammengestellten Ausschreibungsmodell.



Ökologische interkommunale Beschaffung - Italien

pro-EE-Ansatz der Stadt Ferrara

Nationale Rahmenbedingungen

Die Vorbereitung eines *italienischen Gesetzes zu GPP* startete im Jahr 2003 mit dem in Kraft treten des *Ministerial Decree 203 (Decreto Ministeriale n°203/03)* laut dem jede öffentliche Behörde mindestens 30% der Mittel in Recycling-Produkte investieren muss. *Pro Jahr und pro Produktkategorie*. Das war der erste Schritt zur Einführung des Konzepts zu *ökologischen Produkten und Dienstleistungen* in der italienischen Rechtsprechung, auch wenn es sich nur auf Recycling bezieht. Diesem Gesetz folgten dann verschiedene Gesetzesanwendungen pro Material (z. B. Papier, Holz, Kunststoffe, etc), sehr detailliert in Bezug auf ihre Übereinstimmung mit internationalen Standards. Die Anwendungen beinhalten ihre Eignung verglichen mit den Kosten außerdem eine Beschreibung der Dokumente, die eingereicht werden müssen um das recycelte Material nachzuweisen. Danach erfolgt eine Eintragung in die offizielle Liste der Recycler.

Ein neueres Gesetz hat GPP indirekt bei der Einführung von ökologischen Kriterien bei Ausschreibungen der öffentlichen Verwaltung unter dem europäischen Richtwert geholfen. Wir beziehen uns auf das neue *italienische Gesetz für Ausschreibungen (Decreto Legislativo n°163/2006) betreffend der Prinzipien der europäischen Richtlinien 2004/17/EC und 2004/18/EC*. Die Hauptmotivation dieses Erlasses ist einen direkten Bezug zur Umwelt, als eines der möglichen Kriterien für die Ausschreibung, zu schaffen. Es ist klar festgelegt, dass das wirtschaftliche Prinzip hinter den Kriterien des Umweltschutzes, der Gesundheit und der nachhaltigen Entwicklung (Artikel 2, Paragraph) zurückgestellt werden kann. Im Speziellen bietet dieses Gesetz öffentlichen Verwaltungen die Möglichkeit, zum traditionellen Prinzip den besten Preis (Artikel 82) hinzuzufügen, basierend auf dem niedrigsten eingereichten Angebot (das wirtschaftliche Prinzip (Artikel 83)), das die ökologischen Besonderheiten auch im Hinblick auf die Reduzierung des Energieverbrauchs und die reduzierte Nutzung von natürlichen Ressourcen einschließt.

Vor kurzem trat der nationale GPP-Aktionsplan in Kraft mit dem Ziel das Bewusstsein in öffentlichen Verwaltungen und bei Lieferanten so zu schärfen, dass ökologische Produkte und Dienstleistungen mit einem festgelegten Mindestkriterium bevorzugt werden, um ihre negativen Einflüsse auf die Umwelt zu reduzieren. Der Plan beinhaltet die Einbeziehung eines großen Produkt- und Dienstleistungssortiments wie Möbel, Baumaterial, Abfallsorgung, Energievorrichtungen, ICT-Produkte, Bürobedarf etc. Es wird die Bedeutung der öffentlichen Verwaltungen betont, den Markt in Richtung GPP zu beeinflussen.

In der Zwischenzeit traten in vielen Regionen neue Gesetze in Kraft, die die Bedeutung der Einführung nachhaltiger Kriterien in die Zulieferung der öffentlichen Verwaltungen unterstreichen.

Soweit die *Region Emilia-Romagna* davon betroffen ist, gibt das *Regional Law n°28/2009* an, dass alle Kommunen über 5.000 Einwohner einen GPP-Aktionsplan erstellen müssen, um die Einführung von ökologischen Kriterien in den Ausschreibungen und bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen vorzusehen. Die Kriterien betreffen die reduzierte Nutzung natürlicher Ressourcen, die Verwendung von erneuerbaren Energiequellen, Verminderung der Abfallerzeugung, die Senkung des Schadstoffausstoßes und die Reduzierung von Umweltrisiken.

Die oben genannten rechtlichen Rahmenbedingungen repräsentieren die Grundlage der pro-EE Methodologie, die von der Lokalen Agenda21, Umweltministerium und der Abteilung für kommunale Informationssysteme der Stadt Ferrara realisiert wird.

Einige Aktionen

Die Stadt Ferrara, die die Rolle des Vordenkers in Italien im Projekt pro-EE hat, war eine der ersten öffentlichen Verwaltungen, die nachhaltige Aktionen mit einem „Bottom-Up“-Ansatz einführt, der seinen Ursprung in den Prinzipien der Agenda21 hat. Dies war das Ergebnis der *Declaration of Rio im Jahr 1992*, die sich mit lokalen Aktionen bezüglich Umweltthemen befasst (z.B. nachhaltige Verkehrspläne, Wirtschaftswachstum, Abfallsorgung und Energieeffizienzplan). Als Resultat befolgt die Stadt Ferrara seit 2004 freiwillig ein *Handbuch zur ökologischen öffentlichen Beschaffung* bei verschiedenen Produktgruppen: Biolebensmittel, Recyclingpapier, stromsparende Drucker und Strom aus erneuerbaren Ressourcen. Weiterhin hat die Einbeziehung der gesamten Verwaltung in die Umweltmanagementnorm (ISO 14001) dazu beigetragen, die Beachtung von Umwelteinflüssen zu stärken und nachhaltig zu verbessern.

Die Stadt Ferrara konzentrierte sich auf die Auswahl der Produktkategorien, die im GPP-Handbuch ausgegliedert sind und stellte ein neues Einkaufstool vor, das den Markt in Richtung energieeffizientere Produkte und Dienstleistungen beeinflusst. Die Lokale Agenda21 bezog die Abteilung für kommunale Informationssysteme mit ein indem sie Information and Communication Technology-(ICT)Produkte (z.B. PCs, Drucker, Scanner, Laptops, PC-Monitore) für die gesamte Administration kauften.

Um eine innovative Ausschreibung unterhalb der Schwellenwerte zu erreichen, konzentrierte sich die LA21 auf den elektronischen Markt für öffentliche Verwaltungen (*MEPA – Mercato Elettronico per la Pubblica Amministrazione*), auf dem ausgewählte Lieferanten ihre Produkte und Dienstleistungen öffentlichen Verwaltungen anbieten können. Den öffentlichen Verwaltungen ist es möglich, sowohl durch direkte Bestellungen (Auswahl der auf der Plattform ausgewählten Produkte) oder *Bestellung auf Anfrage* (ausgeführt von einer öffentlichen Verwaltung und an einen oder mehrere Lieferanten gerichtet) zu ordern. LA21 kontaktierte CONSIP, eine 1997 durch das italienische Wirtschafts- und Finanzministerium (MEF) gegründete Aktiengesellschaft, die auf nationaler Ebene ein Programm zur Rationalisierung öffentlicher Ausgaben für Produkte und Dienstleistungen durch die Nutzung der Informationstechnologie und innovativer Tools wie den MEPA Elektronikmarkt durchführt.

LA21 und die *Abteilung für kommunale Informationssysteme* haben die Mindestkriterien ausgewählt, die auf nationaler Ebene durch CONSIP für ICT-Produkte unter besonderer Berücksichtigung von Laptops festgelegt wurden. Gemäß des neuen italienischen Nationalplans für GPP können Ausschreibungen, die die Mindestkriterien befolgen, als ökologisch angesehen werden. Die Kriterien richten sich größtenteils an:

- Energieverbrauch erfordert die letzte Version des Energy Star (z.B. Energy Star 5.5) Nordic Swan oder gleichwertiges;
- Lärmreduzierung gemäß ISO 7779 und ISO 9296-Voraussetzungen oder gleichwertiges;
- langlebige Batterien gemäß EU-Richtlinie 2006/66/EC;
- LCD-Monitore, die nicht mehr als 3mg Quecksilber enthalten; bevorzugt Umweltzeichen, Nordic Swan oder gleichwertiges.

Zusätzlich zu diesen Kriterien hat die LA21 zusammen mit der Abteilung für kommunale Informationssysteme besondere Aufmerksamkeit dem besten Kosten-Nutzen-Faktor geschenkt. Sie haben versucht den besten Preis der Produkte zu berechnen, um in den Ausschreibungen den maximalen Preis festzulegen. In Zusammenarbeit mit der Abteilung für kommunale Informationssysteme hat die LA21 *Ausschreibungsspezifikationen* erarbeitet, die die Produkte und ihre technischen Eigenheiten beschreiben und haben sie in die *technischen Spezifikationen* integriert.

LA21 und die Abteilung für kommunale Informationssysteme haben sich dazu entschlossen, energieeffiziente Beschaffung auf lokaler Ebene zu testen mit Blick auf weitere italienische Kommunen und Provinzen, die die dem Prinzip Bestellung auf Anfrage folgen.

Die Nutzung eines elektronischen Marktplatzes

Die für die Lieferung von ICT-Produkten angenommene Methodologie, unterstützt von der LA21 der Stadt Ferrara, hat die folgenden beiden Ziele:

- Steigerung der Erkenntnis der Vorzüge von effizienteren ICT-Produkten nach innen und keine beträchtlich erhöhten Kosten nach außen für die Verwaltung;
- Schaffung eines Best Practice, das auf andere öffentliche Verwaltungen übertragbar ist.

In Übereinstimmung mit dem Umweltministerium, Umweltminister und dem Informative Systems Department hat sich die LA21 entschieden e-Procurement als Tool zu nutzen, um den Einkauf von ICT-Produkten abzuwickeln.

E-Procurement kann als Gerüst für Technologien, Verfahrensweisen, Aktionen und organisatorische Bedingungen definiert werden und es ermöglicht online die Auswahl und den Einkauf von Produkten und Dienstleistungen dank der Verbesserung der Internetnutzung und der Nutzung des elektronischen Marktes.

Der *elektronische Markt für öffentliche Verwaltungen* unterscheidet sich in einigen Aspekten von traditionellen Ausschreibungen:

- es ist eine e-Beschaffungsplattform, die erlaubt, dass Einkäufe unter der Gemeinschaftsgrenze bleiben.
- es ist ein selektiver Markt, in dem autorisierte und qualifizierte Lieferanten (einige davon sind als ökologische Lieferanten gekennzeichnet) ihre Produkte und Dienstleistungen direkt anbieten und gleichzeitig registrierte Beschaffer (öffentliche Verwaltungen) in einem Katalog nachschlagen und entweder direkt oder auf Anfrage einkaufen;
- es ist ein spezialisiertes Markt-Tool, das die Bedürfnisse von öffentlichen Verwaltungen (Beschaffer/innen) und Unternehmen (Lieferanten/innen) befriedigt;
- es basiert auf einem Produkt- und Dienstleistungskatalog, der nach einem genauen Zertifizierungsprozess durch CONSIP geprüft wurde;
- es spart Papier und hilft die Ziele des nachhaltigen Energieverbrauchs und -produktion durch die Europäische Kommission zu erfüllen (COM 2007/803); laut einer aktuellen Analyse durch CNIPA (*Centro Nazionale per Informatica nella Pubblica Amministrazione* – Italienische IT-Behörde) kostet ein dreiseitiges Dokument die italienischen Verwaltungen 20 Euro *pro* Jahr;
- es ist ein dynamisches und sicheres Tool in dem Produkte und Dienstleistungen gemäß Standardformaten in e-Katalogen gelistet werden.

Das Dokument sollte die grundsätzlichen und zusätzlichen Energiesparkriterien vorgeben, indem ein spezifischer Wert hinzugefügt wird, der die finale Vergabe beeinflussen könnte. Um dies zu erreichen hat die Abteilung für Informationssysteme eine erste Liste erstellt mit benötigten Produkten mit ihrer Beschreibung wie z.B. Monitore, Drucker, Scanner, Grafiktablets, CD-Writer, Videoprojektoren, externes HD. Von jedem Produkt gibt es eine technische Beschreibung der grundlegenden Eigenschaften inklusive Umweltleistung, auch mit Bezug auf Umweltzeichen wie Energy Star, TCO oder ähnliches. Diese Informationen wurden durch zusätzliche Inputs aus einer vorhergehenden von CONSIP durchgeführten Studie ergänzt, die Auskunft über die grundlegenden technischen Standards (z.B. Energy

Star) zur Umweltleistung gibt und wie man diese als Qualifikation für höhere Energiestandards verbessert (z.B. Einheitlich Energy Star 5.0).

Danach wurden die Ausschreibungskriterien (Abbildung 1) durch die technischen Spezifikation (Abbildung 2) ergänzt. Im ersten Teil gab es einen direkten Bezug zum Intelligent Energy-Projekt pro-EE. Nachdem Typ und Menge der benötigten ICT-Produkte beschrieben waren, wurde die rechtliche Regelung des ökonomisch vorteilhaftesten Angebotes für die Ausschreibung geklärt. Diese Regelung soll es ermöglichen, Energieeffizienz mehr Bedeutung im Vergleich zum günstigsten Preis zu verleihen. Schließlich wurde die Evaluation festgelegt indem einige Punkte bezüglich des besten Preises hinzugefügt wurden und die übrig gebliebenen wurden auf die Energieeffizienzkriterien verteilt mit besonderem Bezug auf die aktuellste Version des Energy Star und des TCO-Umweltzeichens. Die zuvor genannten Umweltzeichen sind populär und bekannt genug unter Lieferanten und konnten so sehr leicht als energieeffiziente Version ausgewiesen werden. Um hierbei zu helfen wurde ein spezielles Umweltqualifikations-Sheet erstellt (Abbildung 3) in dem die zusätzlichen Energiesparkriterien je Produkt beschrieben werden gemäß dem Inhalt der technischen Ausschreibung. Eine Fehlerbehebung innerhalb von 7 Tagen wurde gewährleistet.

Erfahrung und Empfehlungen aus Italien

Hauptvorteile der Eröffnung des elektronischen pro-EE Marktplatzes:

- Für den gesamten Ausschreibungsprozess wird kein Papier benötigt, da der komplette Vorgang auf der Webseite geschieht;
- Weniger Zeit wird für die Arbeitsabläufe benötigt, da zwischen Ausschreibung und Vergabe nur eine Zeitspanne von ungefähr 90 Tagen liegt;
- Die Wahrung einer guten Balance zwischen Qualität und Preis;
- Garantiert sicheres Einkaufstool: Der elektronische Marktplatz wird durch eine digitale Signatur gesichert;
- Man kann höhere Energieeffizienzkriterien und Lebenszyklusanalysen (LCA) in die technischen Spezifikationen zusätzlich zu den Ausschreibungsspezifikationen hinzufügen;
- Man kann die geographische Zone aussuchen in der ausgeschrieben wird und das Tool benutzen um gemeinsame Beschaffung mit anderen öffentlichen Verwaltungen durchzuführen.

Der elektronische Marktplatz zeigt seine Flexibilität auch im Falle von ersten unbeantworteten Angeboten und hilft öffentlichen Verwaltungen solche Hürden zu überwinden. Tatsächlich erlaubt MEPA den Ablauftermin einer Anfrage kurz vor dem Ablauf zu verlängern um den Lieferanten mehr Zeit zu geben ihre Angebote einzureichen. Der Bestellpunkt kann auch nach dem Ablaufdatum liegen um die Anfrage zu verbessern.

Sollte der Markt verhalten reagieren, könnte eine gute Kommunikations- und Informationsstrategie den Markt darin bestärken, die energieeffizientesten Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Vor einer Ausschreibung kann eine Beschreibung der verlangten Energieeffizienzkriterien auf der kommunalen Internetseite, auf Flyern oder anderen Kommunikations-Materialien veröffentlicht werden. Ein Bezug auf spezifische Umweltzeichen oder Marken sollte vermieden werden (oder nur mit Verwendung des Zusatzes „oder vergleichbar“), um jede Form wirtschaftlicher Diskriminierung zu verhindern. Dies hilft dabei den qualifiziertesten Lieferanten zu finden.

Um das Wissen um die Vorteile und den Bekanntheitsgrad des Tools auf lokalem Level zu erhöhen führten die LA21 und die Abteilung für Informationssysteme der Stadt Ferrara



eine Schulung und Kommunikationsstrategie für Kommunalangestellte der beteiligten Abteilung und für lokale Lieferanten durch.

Im Oktober 2008 hat die LA21 der Stadt Ferrara eine spezielle pro-EE-Konferenz im Rahmen eines der wichtigsten GPP-Events organisiert: *GPPnet BuyGreen Forum in Cremona*, mit der Beteiligung des *Umweltministeriums*, *CONSIP*, *Umweltberatung Ecosistemi*, dem *Umweltminister von Ferrara* und der Teilnahme von regionalen Kommunen sowie der *Regionalagentur für Umweltschutz (ARPA)*. Die Idee war das Projekt pro-EE mit seinen Hauptzielen den Interessenten zu präsentieren. Die Zielgruppe/Publikum bestand aus privaten Unternehmen, der Bank von Italien (Umweltabteilung) und öffentlichen Verwaltungen.

Im Februar 2010 hat die LA21 an einem Nationalen Workshop „Procedures and Opportunities to buy green“ „Procedura e opportunità del comprare verde“ teilgenommen. Der Workshop wurde vom Klima-Bündnis Italien organisiert und fand im Provinzgebäude von Perugia statt und richtete sich an öffentliche Verwaltungen.

In der Zwischenzeit errichtete die LA21 eine pro-EE-Webseite (www.comune.fe.it path: *Ambiente ed Energia > Agenda21Locale > Progetti*) und machte diese bekannt. Auf der Webseite werden wichtige Informationen wie z.B. Nachrichten, Events, Newsletter, Projektbeschreibungen, Fragebogen, Veröffentlichungen, Workshops, erwartete Ergebnisse und Rechtsvorschriften periodisch aktualisiert.

Beschreibung der grundlegenden Produkteigenschaften	Informationen zu Umwelteigenschaften der Produkte
<p>Monitor LCD 21": Bildschirmtyp LCD; diagonale Abmessung 21,3"; Auflösung 1600x1200; Helligkeit 300; Kontrast 1000:1; Reaktionszeit 16 ms; Videoeingabe D-Sub; DVI, USB, VGA, Blickwinkel 176/176; Zertifizierung ENERGY STAR®. (Referenzmodell: NEC 2170NX LCD 21)</p>	<p>Zertifizierung Energy Star® oder gleichwertiges • Energieverbrauch Normal Funktion 58W USB inaktiv; im Energiesparmodus Verbrauch geringer als 2W, ausgeschaltet Verbrauch unter 1W • TCO 03 oder gleichwertiges • GEEA/Energiezeichen (Europäisches Label einer Gruppe für Energieeffizienz-Anwendungen) oder gleichwertiges • Andere Informationen Dieser Monitor ist mit einem fortschrittlichen Energiesparmodus ausgestattet. Wenn das Signal VESA DPMS (Display Power Management Signalling) zum Monitor übertragen wird, aktiviert dies den Energiesparmodus.</p>

DISCIPLINARE DI GARA (TECHNICAL SPECIFICATION)

La presente fornitura viene proposta in attuazione del progetto Gli Acquisti Verdi Promuovono l'Efficienza Energetica - Pro-EE Public Procurement Boosts Energy Efficiency - Progetto Energia Intelligente organizzato da Alleanza per il Clima - Climate Alliance - e promosso dall'Agenzia Europea per la Competitività e l'Innovazione - Executive Agency for Competitiveness and Innovation (EACI).

The current supplying is offered as the fulfilment of the Intelligent Energy Project pro-EE - Public Procurement Boosts Energy Efficiency, organised by Climate Alliance and promoted by the Executive Agency for Competitiveness and Innovation (EACI)

RDO (Request of Offer) n° ...

[...]

Art. 8 - Valutazione delle offerte e criterio di aggiudicazione
 Art.8 Evaluation of the offers and awarding criteria

Il criterio di aggiudicazione è quello dell'offerta economicamente più vantaggiosa in applicazione dell'art. 83 del vigente D.Lgs.163/06 - Codice dei Contratti - e sulla base dei seguenti criteri:

The awarding criteria is the economic most advantageous offer in accordance with art.83 of the Italian Law for Tenders D.Lgs. 163/2006 and to the following criteria:

[...]

2. Qualitative and technical characteristics of the following products, improving energy-efficiency and environment	
<ul style="list-style-type: none"> • Monitor LCD 21": - Product in conformity to the EPA Energy Star Program Requirements for Displays in the last version approved or equivalent [it is also possible to specify the type of version you are referring to e.g.: Energy Star 5.0] 	Awarding Points 5 (example)

Umweltqualifikations-Sheet für Lieferanten (Abbildung 3)

	Angaben zu den Eigenschaften zur Verbesserung der Energieeffizienz (s. Artikel 8 der technischen Spezifikationen)
MONITOR LCD 21"	Vom Lieferanten auszufüllen
	Vom Lieferanten auszufüllen

Quelle: Local A21 – Umweltamt – Stadt Ferrara

Interkommunale ökologische Beschaffung - Portugal



Nationale Rahmenbedingungen und Akteure

Innerhalb des LEAP-Projektes wurde ein Beispiel für die Beschaffung von Recyclingpapier, koordiniert durch ICLEI, durchgeführt. Die portugiesische gemeinsame Beschaffungsaktion wurde vom LEAP-Partner Almada City Council geleitet. Sechs weitere öffentliche Organisationen nahmen auch teil:

- Stadtverwaltung Torres Vedras
- Stadtverwaltung Oeiras
- Stadtverwaltung Tavira
- TratoLixo – Hausmüllentsorgung (für die Städte Cascais, Sintra, Oeiras und Mafra)
- Gemeinde Sobreda (Bezirk Almada)
- Gemeinde Cacilhas (Bezirk Almada)
- SMAS de Almada – Kommunale Abwassergesellschaft

Um weitere Behörden zu gewinnen hat Almada einen Einladungsbrief an andere lokale Behörden geschrieben, in dem sie dazu eingeladen hat, an der gemeinsamen Beschaffung von Recyclingpapier teilzunehmen und über das LEAP-Projekt informierte.

Verfahren der Auftragsvergabe

Wie bei den Aktionen in Griechenland und Spanien hat die federführende Verwaltungsbehörde Almada die Verantwortung übernommen, zusätzliche Behörden zu gewinnen und einen ersten Entwurf für die Ausschreibungsdokumente sowie eine Partnervereinbarung und ein Protokoll vorzubereiten. Almada hat auch die Führung bei der Gründung eines Evaluationsausschusses übernommen, der aus teilnehmenden Behörden besteht, die eine erste Evaluation vorlegten. Alle Dokumente wurden an die teilnehmenden Behörden weitergeleitet, damit sie ihre Anmerkungen/Zustimmung abgeben konnten. Die Dokumente wurden dann gemäß diesen Rückmeldungen überarbeitet. Die Partner- oder die Konsortiumvereinbarung sagt aus, dass die federführende Behörde (Almada) der Repräsentant des Konsortiums ist und zählt die Verpflichtungen auf:

- die federführende Behörde ist verantwortlich für den gesamten Beschaffungsprozess, die anderen Mitglieder des Konsortiums müssen während des Beschaffungsprozesses Anregungen mitteilen und nach dem Erhalt des finalen Evaluationsberichts muss jedes Mitglied einen eigenen Beschlussantrag erstellen (abhängig von Papiermaß sowie Lieferbedingungen).

Durch die geringe Anzahl der gekauften Produkte haben sich die teilnehmenden Behörden dazu entschlossen, einen eingeschränkten Prozess zu nutzen, in der, statt eines offenen Ausschreibungsprozesses, eine Anzahl von Firmen (fünfzehn) aufgefordert wurden zu bieten. Dies spart sehr viel Zeit und Ressourcen. Alle teilnehmenden Behörden haben die Partnervereinbarung unterzeichnet. Mit dem Lieferanten, der den Zuschlag erhielt, wurden direkt individuelle Einjahresverträge mit periodischen Lieferungen aufgesetzt.

Erreichte Ergebnisse

Acht von den 15 zur Ausschreibung eingeladenen Unternehmen haben Angebote eingereicht. Sieben der Angebote haben den Spezifikationen voll entsprochen. Es wurde ein guter Preis erzielt. Der Lieferant bot eine Preisreduzierung von 2,32 € auf 2,15 € pro Ries aufgrund der benötigten Menge (13.000 Ries) an. Das bedeutete eine Gesamtersparnis von über 7% oder 2.210 €. Die Stadtverwaltung Almada benutzt bereits Recyclingpapier, dass nur nach dem Kriterium „Recyclingpapier“ ausgewählt wurde. Der aktuelle Preis liegt bei 1,80 € pro Ries. Der Preis ist niedriger als der Preis der dem Papier der gemeinsamen Ausschreibung zugesprochen wurde. Jedoch hat das Recycling-Papier des Gewinnerangebots (Steinbeis Vision Trand) eine höhere Qualität und erfüllt alle Angaben in den Dokumenten der Ausschreibung. Es trägt außerdem die Umweltzeichen „Blauer Engel“ und „Nordic Swan“ und das Papier ist nach EMAS und ISO 14001 zertifiziert; dies sichert einen hohen Qualitätsstandard und erklärt den höheren Preis. Es scheint, dass in Spanien die Qualität, mehr als der Recyclinganteil, den Preis bestimmt.

Ein weiterer entscheidender Vorteil, den die Teilnehmer erkannt haben, sind die geringeren Verwaltungsbedürfnisse in anderen Behörden, da Almada die Verantwortung für die Beschaffung übernommen hat, nachdem eine Vereinbarung über den passenden Beschaffungsansatz geschlossen wurde. Der Erfolg dieses Ansatzes bedeutet, dass es in Zukunft relativ einfach sein wird, eine solche Aktivität zu wiederholen.

Beobachtete Hindernisse/aufgetauchte Probleme

Es gab zwei prinzipielle Hindernisse die durch folgende Aktivitäten überwunden wurden:

- Da gemeinsame Beschaffung in Portugal nicht bekannt genug ist, war es notwendig, die Rechtssprechung zur öffentlichen Beschaffung intensiver zu analysieren. Außerdem mussten die Rechtsabteilungen der Kommunen hinzugezogen werden um sicherzustellen, dass der Prozess (von Konsortiumsvereinbarung bis zu den Ausschreibungsdokumenten) rechtlich Bestand hat. Wenn dies einmal erledigt ist, wird eine Wiederholung in Zukunft einfacher.
- Die Anwerbung von weiteren Behörden hat sich als Herausforderung erwiesen, da sie mit der gemeinsamen Beschaffung nicht vertraut und daher misstrauisch waren. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass es nicht immer gewünscht war, ökologisch zu beschaffen und teilweise auch aus praktischen Gründen wie gültige Verträge für Papierlieferungen oder die Menge des benötigten Papiers konnte nicht vor der Veröffentlichung der Ausschreibung festgelegt werden.

Evaluation und Schlussfolgerungen

Ähnlich der Ergebnisse in Griechenland und Spanien konnte durch Massenbestellungen ein positives finanzielles Ergebnis mit dem Effekt von reduzierten Preisen für ökologische Produkte erzielt werden. Es war sehr nützlich bei der Bereitstellung eines erfolgreichen, reproduzierbaren Pilotmodells für gemeinsame Beschaffung und es steigerte das weitere Interesse am Thema nachhaltige Beschaffung.

In den letzten Jahren hat sich die öffentliche Beschaffung in Portugal deutlich geändert. Das neue Gesetzbuch zur öffentlichen Beschaffung, das von der Regierung im Jahr 2008 genehmigt wurde, verpflichtete alle öffentlichen Verwaltungen (lokal und zentral) und die nationale Beschaffungsagentur zur elektronischen Beschaffung. Mit der Verhandlung der Rahmenverträge wurde die Beschaffungsfunktion außerdem professionalisiert. Ein neuer Trend kann beobachtet werden: Die Gründung von regionalen Beschaffungsagenturen für Verwaltungsbehörden.

Interkommunale ökologische Beschaffung – Spanien

Nationale Rahmenbedingungen

Seit 2008 hat das zentralisierte Einkaufssystem von Waren und Dienstleistungen im spanischen Finanzministerium die Umweltkriterien des NAP on GPP in die neuen Rahmenbedingungen eingeschlossen. Diese Eingliederung führt zu einer Steigerung der Nachfrage nach Produkten, die die Energieeffizienz-Kriterien erfüllen. Das dezentrale Beschaffungssystem ist auch für andere öffentliche Behörden neben der staatlichen Verwaltung zugänglich, dadurch wurde die Beschaffung von energieeffizienten Produkten wie IT-Equipment oder Fahrzeugen einfacher.

Die Stadt Murcia, Partner im Projekt pro-EE, verwendet das System für zentrale gemeinsame Beschaffung, das die spanische Regierung zur Beschaffung bestimmter Produktgruppen wie Fahrzeuge oder Computer eingerichtet hat. So können Kommunen Energieeffizienzkriterien in ihre Beschaffung einbeziehen, die im National Action Plan zu GPP erstellt wurden.

Ökologische öffentliche Einkaufsaktivitäten im Baskenland

Durch seine Public Agency for Environmental Agency (IHOBE) hat die baskische Regierung einen regionalen Aktionsplan zur ökologischen öffentlichen Beschaffung (GPP RAP) entwickelt und setzt diesen auch um.

Herkömmliche Strategien konzentrieren sich bei der Zielsetzung, Toolentwicklung etc. nur auf Behörden (Nachfrageseite). Um jedoch wirklich den Markt zu verändern ist es wichtig, auch umweltfreundlichere Unternehmen und Produkte zu fördern (Anbieterseite). Die Neuheit des baskischen Ansatzes besteht in der Kombination beider Größen des GPP RAP, nämlich die Koordination zwischen Angebot und Nachfrage durch Instrumente wie Bewusstseinsbildung, Schulung und Unterstützung von Behörden und Unternehmen. Während der letzten zehn Jahre hat IHOBE den Dialog mit dem Markt und die Aktivierung lokaler Unternehmen in den Bereichen zunehmender sauberer Produktion und Verfahren (Ekoscan) und Ressourceneffizienz bei Produkten (Eco-design) gefördert.

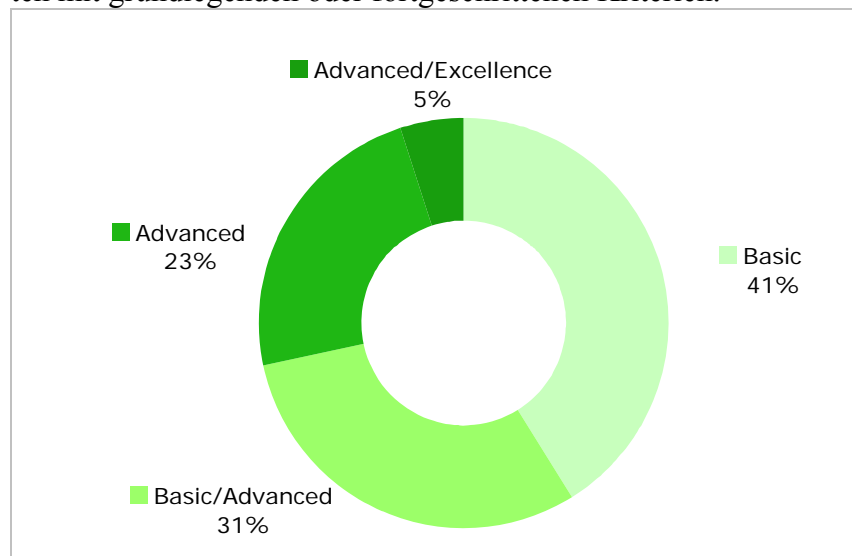
Die Förderung der Nachfrage ist als Priorität im baskischen Umwelt-Rahmenprogramm (2006-2010) und im baskischen Programm für ökologisch nachhaltigen Konsum (2006-2010) festgelegt. Seit 2006 bietet IHOBE verschiedene Tools und Services für öffentliche Verwaltungen an, um ökologische öffentliche Beschaffung (GPP) einzuführen:

- Gemeinsame Kriterien für 18 Produktgruppen die mehr als 24 verschiedene Produkte und Services enthalten
- Ökologische Ausrichtung von Ausschreibungen
- Dialog mit Anbietern
- Schulungen zu ökologischer öffentlicher Beschaffung für Beamte/innen
- Direkte Unterstützung
- Arbeitsgruppen und Austausch über Best Practice
- Überwachen der Ergebnisse

Die gemeinsamen Kriterien basieren auf dem GPP Toolkit der EU und sind an die regionale Situation (Anbieterseite) angepasst um die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft zu fördern: Drei Kriterienstufen – Grundstufe, Fortgeschritten und Exzellente – erlauben die Anpassung an den Markt. Der Austausch über Best Practices zwischen Behörden trägt dazu bei, Ausschreibungen mit gemeinsamen Kriterien zu fördern.

Akteure

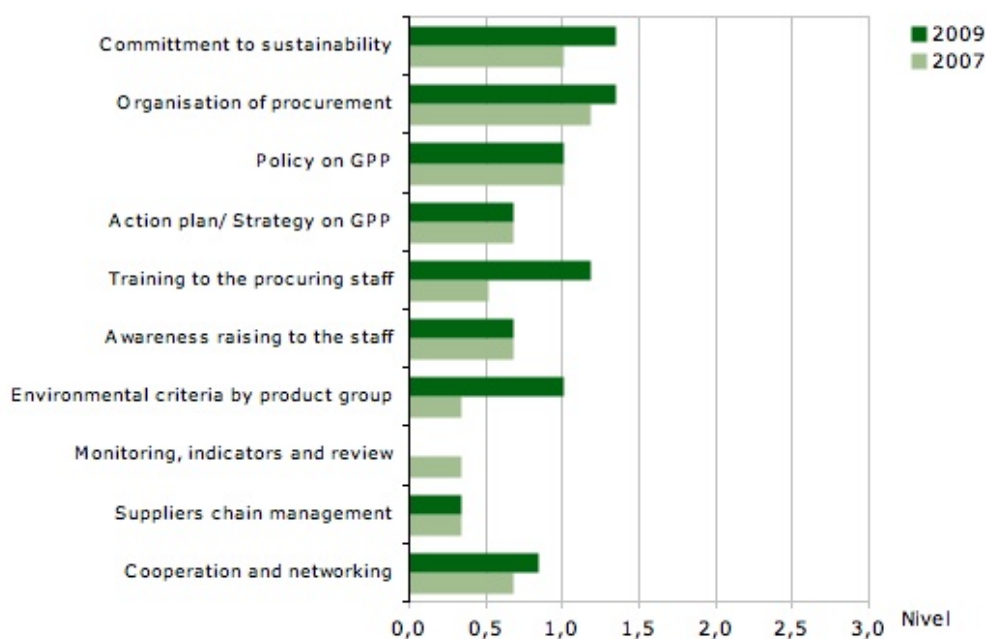
In Bezug auf die ökologische Ausrichtung von Ausschreibungen wurden während der Jahre 2008 und 2009 40 Ausschreibungen mit gemeinsamen Kriterien veröffentlicht, die meisten mit grundlegenden oder fortgeschrittenen Kriterien.



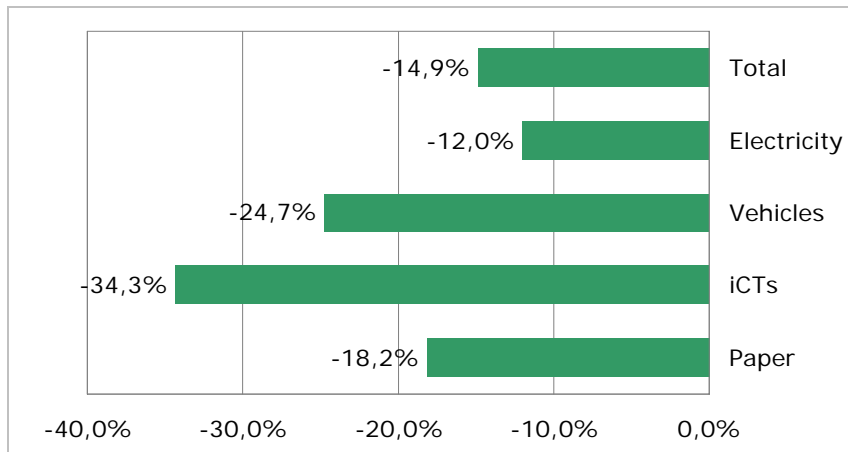
Im gleichen Zeitraum nahmen 151 Beamte/innen aus 73 verschiedenen Verwaltungen im Baskenland an Schulungen zu ökologischer gemeinsamer Beschaffung teil. Zusätzlich nahmen 166 Personen an zwei bewusstseinsbildenden Events teil und 148 Anbieter/innen nahmen an Dialogen teil.

Einige Aktivitäten

Das Überwachen der Ergebnisse wurde als Piloterfahrung im Jahr 2009 durch 7 öffentliche Verwaltungen, darunter die Städte San Sebastian, Vitoria und Bilbao, abgeschlossen. Sie haben einen Online-Fragebogen (nach der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Methodologie) ausgefüllt, der sowohl Qualitätsindikatoren (Stand der Durchführung einer GPP-Strategie in Verwaltungen) als auch Quantitätsindikatoren (Stand der Einbeziehung ökologischer Kriterien in die Verträge der wichtigen Produktgruppen) einschließt.



Stand der Durchführung einer GPP-Strategie in 7 Pilotkommunen im Baskenland: Entwicklung von 2007 bis 2009.



Reduzierung der CO₂-Emissionen als Ergebnis der Einbeziehung von ökologischen Kriterien in die Ausschreibungen von 7 Pilotverwaltungen im Baskenland.

Auf Ebene der Landesverwaltung legt ein Regierungsabkommen über die Einbeziehung von Umwelt- und Sozialkriterien bei öffentlichen Ausschreibungen Mindeststandards zur ökologischen Leistung der gebräuchlichsten Produktgruppen fest, so zum Beispiel für alle Arten von Fahrzeugen und Bauten.

Im Baskenland ist Klimaschutz eines der Hauptziele, die mit öffentlicher Beschaffung erreicht werden sollen - unabhängig von der Produktgruppe (Papier, IT und Telekommunikation ITC, Fahrzeuge, Gartenbau, Catering und Verkaufsservice, Reiseagenturen und Kurierunternehmen, Beratungsunternehmen etc.). Darüber hinaus ist auch die Entwicklung von Kriterien für energieintensive Produktgruppen wie Straßenbeleuchtung oder Energiedienstleistungen in diesem Programm enthalten. Die Stadt San Sebastian, Partner bei pro-EE, ist als eine der Pilotverwaltungen in die von IHOBE koordinierten GPP-Aktivitäten involviert. Im Jahr 2009 wurde die Nutzung der gemeinsamen Kriterien zur ökologischen Beschaffung auch bei privaten Unternehmen und der Bevölkerung im Programm eingeführt, um den Markt noch stärker zu bewegen und die Folgen für die Umwelt zu reduzieren.

www.ihobe.net

Nationale pro-EE-Schulungen in Murcia, Spanien

Das spanische Pilot-Training zu ökologischer und energieeffizienter Beschaffung fand am 27. und 28. April 2010 in Murcia statt. Organisiert wurde das Training von der Stadtverwaltung Murcia und dem Ecoinstitut Barcelona und war in zwei Teile gegliedert. Den ersten Teil bildete ein technischer Workshop, der sich an Entscheidungsträger/innen, Beschaffungsmanager/innen, Agenda21-Beschäftigte und Lieferanten/innen von Behörden wendete; beim zweiten Teil handelte es sich um ein Pilot-Training für Beschaffungsmanager/innen, die für IT-Zubehör, Gebäudewartung und Straßenbeleuchtung zuständig sind.

Der technische Workshop beinhaltete einen Runden Tisch mit nationalen, regionalen und lokalen Behörden und konzentrierte sich auf die Umsetzung von Aktionsplänen und Leitlinien für energieeffiziente und ökologische öffentliche Beschaffung sowie auf die Präsentation von Instrumenten für gemeinsame öffentliche Beschaffung.

Jede der teilnehmenden Behörden übernimmt eine andere Rolle, um GPP in größerem Rahmen zu fördern und umzusetzen. Sie arbeiten aktiv daran, gemeinsame GPP-Kriterien in Bezug auf Angebot und Nachfrage zu entwickeln, führen GPP-Kriterien in den Rahmenvertrag der Nationalen Beschaffungsagentur ein, ermöglichen den Austausch zwischen Verwaltungen und unterstützen kleinere Gemeinden bei der Schaffung von Netzwerken.

Ein Highlight des Pilot-Trainings war die Präsentation von Frau Prambourg, TCO Development, die zwei Aspekte des TCO Zertifizierungsprogramms vorstellte. Der erste Aspekt betraf die Beschreibung technischer Details bezüglich Kriterien und Kriterienentwicklung sowie den Multi-Attribute-Ansatz. Der zweite Aspekt behandelte TCO als Teil einer "ökologischen IT-Strategie". Hierbei wurden weitere Punkte berücksichtigt wie das Erlernen, mit Nutzerverhalten zu arbeiten oder ökologische Vorteile, die während des Lebenszyklus von IT erzielt werden.

Der zweite Tag der Pilot-Schulung kombinierte interaktive Präsentationen und praktische Übungen einschließlich der Präsentation von Tools zu energieeffizienter Beschaffung und deren praktische Anwendung auf Ausschreibungen der Teilnehmer/innen. Die Pilot-Schulung endete mit der Präsentation modernster Instandhaltung im Bereich von Gebäuden und Straßenbeleuchtung.

Auf Grundlage von Erfahrungen der zwei pro-EE Vordenker-Städte Murcia und San Sebastián konzentrierte sich die Pilot-Schulung auf die Wichtigkeit, strategische Elemente – wie die Sensibilisierung aller beteiligten Akteure – mit technischen Tools, gemeinsamen Kriterien und dem Austausch auf breiter Ebene zu kombinieren.

Links zu Energieeffizienz und ökologischer öffentlicher Beschaffung in Spanien

Zentralisierte Bestellsysteme, ökologische Rahmenvereinbarungen eingeschlossen, frei für die Teilnahme aller öffentlichen Verwaltungen in Spanien:

Zentralisiertes Bestellsystem für Produkte und Dienstleistungen (Ministry of Treasury):

<http://catalogopatrimonio.meh.es>

Zentralkommission für Betriebsmittel des Finanzministeriums der Autonomen Regierung Kataloniens:

<http://www.gencat.cat/economia/ambits/contractacio/ccs/organismes/index.html>

Kriterien für ökologische Ausschreibung, Checklisten für Lieferanten und Anbieter von ökologischen Produkten und Dienstleistungen:

Interaktive GPP-Guidelines der Autonomen Gemeinschaft Kataloniens (GPP-Kriterien):

http://mediambient.gencat.cat/cat/compra_verda/inici.jsp

Praxisnahes Handbuch zu GPP der baskischen Regierung (GPP-Kriterien und Anbieter von ökologischen Produkten):

http://www.ihobe.net/Pags/AP/AP_Paginas/Index.asp?cod=4BB25563-33E3-4256-96B5-54514013F711&Reg=2A00BD93-1BA0-4FCB-9A49-FE1D299854DC

Ökologischer Einkaufskatalog (Anbieter von ökologischen Produkten) der Regierung von Aragon:

http://portal.aragon.es/portal/page/portal/MEDIOAMBIENTE/CALIDAD_AMBIENTAL/COMVERD/CATALOGO/

Netzwerk „Buy Recycled“ der katalonischen Entsorgungsunternehmen (Lieferanten ökologischer Produkte):

<http://xcr.arc.cat/web/guest/home>

Grenzüberschreitende gemeinsame öffentliche Beschaffung

Die Frage der “grenzüberschreitenden öffentlichen Beschaffung” stellt eine interessante und große Herausforderung dar. Es gibt zwei verschiedene Wege erfolgreich zu sein und durchführbare Lösungen zu finden. Auf der einen Seite werden Informationen über die Positionen der Interessensvertreter/innen benötigt und auf der anderen Seite ist mehr Wissen über die tägliche Arbeit von öffentlichen Beschaffern/innen in Anbetracht der grenzüberschreitenden Thematik gefordert. Es wurde ein Fragebogen erstellt und an alle Projektmitglieder für deren Beschaffer/innen geschickt.

Empfehlungen und Erfahrungen von Beteiligten

Verschiedene Interessensvertreter/innen (auf das Ausschreibungsgesetz spezialisierte Anwälte/innen, öffentliche und private Beschaffer/innen) teilten ihre Ideen zur Realisierung verschiedener Arten der grenzüberschreitenden Partnerschaften in der öffentlichen Beschaffung mit.

Kommentar der Landeshauptstadt München

Die Experten/innen in München sprachen von großen Problemen bei der Organisation von grenzüberschreitenden gemeinsamen Ausschreibungen und empfehlen diese nicht. Sie hatten Probleme, bei nationalen Ausschreibungen in Zusammenarbeit mit anderen Städten. Es wird immer das Risiko geben, dass Ausschreibungen aufgrund der Schaffung eines Monopols behindert werden. Dies scheint jedoch nur ein Problem im deutschen Ausschreibungsgesetz zu sein.

Kommentar des Umweltverbandes Vorarlberg

Der Umweltverband Vorarlberg ist ein Zusammenschluss aller Vorarlberger Kommunen und wurde für die Angelegenheiten ökologischer und wirtschaftlicher Ausschreibungen gegründet. Sie kaufen verschiedene Produktgruppen für jedes Mitglied. Der Verband hat bereits mit einigen deutschen Städten innerhalb eines Interreg-Projekts gearbeitet.

Folgende Resultate wurden verzeichnet:

- keine politische Unterstützung (Schutz von regionalen Lieferanten).
- verschiedene Ausrichtungen bei Gesetzen zu öffentlicher Beschaffung in verschiedenen Ländern und Unklarheiten an wen Anbieter/innen ihr Angebot richten können.
- schwierig zu verwalten, besonders bei der Ausarbeitung der Ausschreibungsdokumente
- hohe Kosten

Kommentar der Rechtsanwaltsagentur Terzaki

Es sind bei einer ersten Betrachtung drei Fälle herauszuarbeiten, welche als mögliche Szenarien aus vergaberechtlicher Sicht zu hinterfragen sind:

1. Gemeinsame Abwicklung einer Beschaffungsgruppe durch eine interkommunale Plattform (unabhängig davon in welcher rechtlichen Form diese gebildet wird)
2. Beschaffung durch eine kommunale Stelle als Vertreterin der Beschaffungsplattform und Bezug der Beschaffungsleistungen durch die „Mitglieder“ der interkommunalen Plattform

3. Die Kommunalen Stellen beschaffen zwar jede für sich, es findet jedoch eine interkommunale Kooperation im Sinne des fachlichen und kaufmännischen Austausches statt.

Ad 1.

Bei einer derartigen gemeinsamen Abwicklung stellt sich die Frage

- Ø Nach welchem vergaberechtlichen Regelungssystem (gesetzliche Grundlage) soll die jeweilige Ausschreibung abgewickelt werden?
- Ø Insbesondere gilt es zu klären, welcher Rechtsschutz den Bietern/innen zur Verfügung steht.

Ad 2.

Bei einer derartigen Abwicklung und auch dann, wenn oben angeführte Probleme lösbar sind, ist es im Innenverhältnis erforderlich den Zulässigkeitsrahmen der Vertretungsbefugnis der jeweiligen kommunalen Stelle festzulegen, um die Legitimation der Abwicklung des Verfahrens auch im Namen der anderen belegen zu können,

- Ø Erfolgt eine solche Vertretung als Ergebnis einer Ausschreibung?
- Ø Erfolgt die Vertretung auf gesetzlicher Basis?
- Ø Erfolgt die Vertretung auf vertraglicher Basis (Vereinbarung)?
- Ø Auch gilt es zu klären, welcher Rechtsschutz den Bietern/innen zur Verfügung steht?

Ad 3.

Eine solche Kooperation ermöglicht den Informationsaustausch und aktiviert keine vergaberechtlichen Bindungen im Innenverhältnis. Zu beachten sind jedoch Datenschutzverpflichtungen und allfällige Geheimhaltungsanforderungen seitens der kommunalen Stellen die eingehalten werden müssen.

Ergebnisse des Fragebogens

- Der jährliche Umsatz der Organisationen lag laut Fragebogen zwischen 300.000 Euro und 270 Millionen Euro. Die Anzahl der Beschäftigten in diesen Organisationen lag bei 1 Person bis 45 Personen.
- Nur Österreich hat Erfahrung bei der grenzüberschreitenden Beschaffung.
- Österreich, Spanien und Italien sind davon überzeugt, dass bei grenzüberschreitender Beschaffung bessere Preise erzielt werden könnten. Nur Deutschland ist bisher nicht dieser Meinung. Die überzeugten Länder erwarten einen Preisvorteil von bis zu 10 %, Spanien und Italien sogar bis zu 30%.
- Diejenigen, die keinen Vorteil sehen oder keine Meinung zu diesem Thema haben, gaben an, dass "ihre Kommune zu klein ist; es verursacht zusätzliche Kosten und der Service vor Ort kann Probleme verursachen; der Aktionsbereich ist zu klein; es ist schwierig in die Praxis umzusetzen und sie waren bisher nie mit dieser Situation konfrontiert."
- Die drei Haupthindernisse sind: rechtliche Aspekte mit verschiedenen Ausschreibungsgesetzen, negative Effekte auf die regionale Wirtschaft und Sprachprobleme.

- Fast alle Mitglieder würden ein grenzüberschreitendes Angebot testen, wenn diese Hindernisse überwunden wären. Nur ein Land von allen sagte „nein“.
- Fast alle Mitglieder würden wahrscheinlich die Bedingungen anderer europäischer Partner nutzen. Nur in 2 von 27 Fragebogen war “nein” ausgewählt. Sogar die Deutschen würden diese Bedingungen nutzen, obwohl sich die meisten davon keine besseren Preise erwarten.
- Die interessantesten Produktgruppen sind
 - IT generell, Flachbildschirme, elektrischer Bürobedarf
 - Straßenbeleuchtung und Straßenbeleuchtungssysteme
- Obwohl nicht alle von besseren Preisen oder anderen Vorteilen durch die Zusammenarbeit mit Partnerländern überzeugt sind, möchten alle mehr über die Preisbedingungen anderer Beschaffer in weiteren europäischen Ländern wissen.

Materialfragebogen

Fragebogen

"Grenzüberschreitende Beschaffung"

Motivation: Beschaffer von Städten und Gemeinden müssen im rechtlichen Rahmen nationaler Beschaffungs-Gesetzgebung agieren, die auf einer EU-Direktive basiert. Bisher mangelt es an einer Zusammenarbeit zwischen Beschaffern verschiedener EU-Länder. Das Projekt pro-EE erforscht das Potential grenzüberschreitender Beschaffung. In einem ersten Schritt soll der Fragebogen Meinungen, Erfahrungen und Erwartungen von Beschaffern aus sechs europäischen Ländern wiedergeben. Wir laden Sie dazu ein, uns zu unterstützen und werden die Ergebnisse der Umfrage an Sie weitergeben.

Fragen:

Sind Sie jemals auf ein konkretes Projekt zu grenzüberschreitender Beschaffung aufmerksam geworden oder haben Sie in dieser Hinsicht Projekterfahrung? J / N

- Gibt es ein Potential für günstigere Preise durch grenzüberschreitende Beschaffung? Was denken Sie darüber: J / N / keine Meinung

Anmerkungen: _____

- Wenn „ja“ – wie sehen Sie den quantitativen Effekt auf eine durchschnittliche Kostenreduzierung für ein Produkt, z.B. Lampen für Straßenbeleuchtung)
 - bis 10%,
 - bis 30%
 - bis 50%
 - andere Schätzung _____

Anmerkungen: _____

- Wenn “nein” – was sind die Hauptgründe?
 - Kein Zusatznutzen in Bezug auf Preise durch den Einkauf großer Mengen
 - Zusätzliche Kosten durch Transport
 - Weitere Gründe _____

- Was sind die wichtigsten Hürden bei der Organisation grenzüberschreitender Beschaffung (unterstreichen Sie die drei wichtigsten Hürden)
 - Kein Vorteil erwartet
 - Rechtliche Aspekte – unterschiedliche nationale Gesetzgebung zur Beschaffung
 - Sprachprobleme
 - Negative Effekte auf die regionale Ökonomie
 - Negative Effekte auf die nationale Ökonomie
 - Defizite in organisatorischer Hinsicht: Mangel an Information über potentielle Partner

- Höhere Fixkosten
 - Steuersatz
 - Wartung
 - Probleme bezüglich Qualitätskontrolle
 - Probleme hinsichtlich Garantie
 - Weitere Hürden
- Wenn die Haupt-Hindernisse gelöst sind, würden Sie sich an grenzüberschreitender Beschaffung beteiligen? J / N / vielleicht
 - Würden Sie gerne die Preis-Konditionen einer Partner-Organisation aus einem anderen europäischen Land verwenden, die auf einem vereinfachten Ansatz basieren und unter einer bestimmten Investitionsschwelle liegen könnte? J / N / vielleicht
 - Bei welchen Produkten mit Energiebezug würden Sie gerne die Preis-Bedingungen anderer Länder verwenden?
 - IT-Ausstattung insgesamt J / N / vielleicht
 - Energie verbrauchende Büro-Ausstattung? J / N / vielleicht
 - Flachbildschirme J / N / vielleicht
 - Straßenbeleuchtung J / N / vielleicht
 - Straßenbeleuchtungsanlage J / N / vielleicht
 - Solarbeleuchtungsanlage für Straßen u.Gebäude J / N / vielleicht
 - Photovoltaik-Anlagen für Straßen und Gebäude J / N / vielleicht
 - Elektroautos/ PKW J / N / vielleicht
 - Elektroautos/ städtische Kleinlastwagen J / N / vielleicht
 - Windkraftanlagen J / N / vielleicht

Haben Sie Interesse, die Preis-Konditionen von Beschaffern anderer europäischer Länder kennen zu lernen?

- Statistische Daten:
 - Land _____
 - Region oder Stadt _____
 - Jährliches Budget für Beschaffung _____ Euro
 - Personenanzahl im Amt für Beschaffung _____

Anhang

ÖKOLOGISCHE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG – FRAGEBOGEN DER VORDENKERSTADT

Einführung:

Das EU („Intelligent Energy“)-Projekt pro-EE fördert sechs Regionen im Bereich ökologischer öffentlicher Beschaffung (GPP), besonders für elektronisches Equipment (GPP-EE). Der Leitgedanke ist es, GPP in einem Netzwerk von Städten und Regionen (jGPP) zu organisieren: Komplette interkommunale ökologische Beschaffung (fjGPP), dies bedeutet, dass alle Aktivitäten als gleichwertige Partner organisiert werden. Bei „Piggy backing“ (pbjGPP) ist es anderen Städten möglich, Rahmenbedingungen für öffentliche Beschaffung zu nutzen, die von einem Partner individuell festgelegt wurden (durch e-Shop). Der Fragebogen gibt einen einfachen und leicht vergleichbaren Überblick über den Status Quo der Strategien in den Regionen. Zusätzliche Fragen sind am Ende des Dokuments angeführt.

Vordenkerstadt (Name)

1. politische Entscheidungen

GPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
fjGPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
pbjGPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

2. Status Quo und GPP-Ziele

GPP-EE Büroausstattung	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE Straßenbeleuchtungsanlage	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
pbjGPP-EE Büroausstattung	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
pbjGPP-EE Straßenbeleuchtungsanlage	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
pbjGPP-EE Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
fjGPP-EE Büroausstattung	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
fjGPP-EE Straßenbeleuchtungsanlage	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
fjGPP-EE Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

3. technische Richtlinien etabliert

GPP-EE Büroausstattung	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE Straßenbeleuchtungsanlage	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE andere Produkte	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

4. Vernetzung zwischen Abteilungen (Umwelt, Energie, Beschaffung) etabliert

ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
-----------------------------	-------------------------------	--------------------------------------

5. Vernetzungen zu anderen Städten für jGPP etabliert

ja nein pro-EE Ziel

6. Details zu Beschaffung und Finanzierung

zentrale Beschaffung/zentrales Budget	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
zentrale Beschaffung/dezentrale Budgets	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
dezentrale Beschaffung/dezentrale Budgets	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
dezentrale Beschaffung/zentrale Budgets	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

Weitere Informationen:

Diese Fragen werden während des Meetings in Murcia diskutiert. Alle bisher verfügbaren Informationen sollten hier erklärt werden. Zusätzlich werden Informationen über Zeitpläne aller Ziele benötigt, um die Bedingungen des Projekts zu erfüllen. Bitte beantworten Sie die Fragen so detailliert wie möglich.

1. politische Entscheidungen

Details zur Entscheidung – verpflichtend, zwingend, Kooperationen, etc.

2. Status Quo und GPP-Ziele

Im Projekt arbeiten wir mit Büroausstattung, Straßenbeleuchtungsanlagen und Fahrzeugen. Wenn es mehr Produkte und Services gibt, mit denen Sie sich bereits innerhalb von GPP befassen oder befassen möchten, informieren Sie uns bitte hier darüber.

3. etablierte technische Richtlinien

Details über technische GPP-Richtlinien für Produkte und Services, die nicht im Fragebogen gelistet sind.

4. etablierte Vernetzung zwischen Abteilungen (Umwelt, Energie, Beschaffung)

Details über das Netzwerk (einbezogene Organisationen, Details der Kooperation)

5. etablierte Vernetzungen zu anderen Städten für jGPP oder andere Netzwerkaktivitäten zwischen Kommunen in Ihrer Region/Ihrem Land

Details des Netzwerks – Anzahl der involvierten Kommunen

6. Details zu Beschaffung und Finanzierung

Details zu Budget, Anzahl der Abteilungen mit dezentralen Budgets.

7. zusätzliche Fragen

Welche Probleme/Hürden nehmen Sie bei der Einführung von jGPP-Aktivitäten wahr?
Wie können Projektpartner helfen, diese Probleme/Hürden zu überwinden?

ÖKOLOGISCHE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG – FRAGEBOGEN REGION/KOORDINATOR/IN

Region (national)/Koordinator/in:

7. regionale politische Entscheidungen

GPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
komplettes jGPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (Piggy Packing)	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

8. regionale Strategie – Status Quo und Ziel

	Status Quo:	Ziel:
einige Kommunen GPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
viele Kommunen GPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
alle Kommunen GPP-EE	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
einige Kommunen jGPP-EE (Piggy Packing)	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
viele Kommunen jGPP-EE (Piggy Packing)	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
alle Kommunen jGPP-EE (Piggy Packing)	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
einige Kommunen jGPP-EE (komplette jGPP)	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
viele Kommunen jGPP-EE (komplette jGPP)	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
alle Kommunen jGPP-EE (komplette jGPP)	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
kombinierte jGPP-EE regionale Behörden/Kommunen	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

9. Status Quo Best Practice in der Vordenkerstadt der Region

GPP-EE/Bürozubehör	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE/Straßenbeleuchtungsanlagen	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE/Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (Piggy Packing)/Bürozubehör	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (Piggy Packing)/Straßenbeleuchtungsanl.	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (Piggy Packing)/Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (komplette jGPP)/Bürozubehör	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (komplette jGPP)/Straßenbeleuchtungsanl.	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (komplette jGPP)/Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

10. regionales Netzwerk

Bundesebene (föderale ökolog. Beschaffung)	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
einige Kommunen	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
alle Kommunen	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

11. involvierte Interessensvertreter

Gemeindeverbände	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
Beratungsorganisationen (Energieagentur)	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
Regionale Abteilung für Gemeindesachen	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

12. Status Quo Best Practice in Bezirksbehörden (nur Oberösterreich!)

GPP-EE/Bürozubehör	ja <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
--------------------	-----------------------------	--------------------------------------

GPP-EE/Straßenbeleuchtungsanlagen	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
GPP-EE/Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (Piggy Packing)/Bürozubehör	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (Piggy Packing)/Straßenbeleuchtungsanl.	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (Piggy Packing)/Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (komplette jGPP)/Bürozubehör	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (komplette jGPP)/Straßenbeleuchtungsanl.	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE (komplette jGPP)/Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>		pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

13. etablierte technische Richtlinien in Bezirksbehörden (nur Oberösterreich!)

jGPP-EE/Bürozubehör	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE/Straßenbeleuchtungsanlagen	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
jGPP-EE/Fahrzeuge	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

14. Beschaffungs- und Finanzaspekte in Bezirksbehörden (nur Oberösterreich!)

zentrale Beschaffung/zentrales Budget	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
zentrale Beschaffung/dezentrale Budgets	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
dezentrale Beschaffung/dezentrale Budgets	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
dezentrale Beschaffung/zentrale Budgets	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

15. Instrumente in Bezirksbehörden (nur Oberösterreich!)

Information	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
Beratungsdienste	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
finanzielle Unterstützung/Bewilligungen	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>
finanzieller Druck (Verbindung zu weiterer finanzieller Unterstützung)	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>	pro-EE Ziel <input type="checkbox"/>

Links

<http://www.pro-ee.eu/>

Webseite des Projekts pro-EE

http://ec.europa.eu/environment/gpp/index_en.htm

Webseite der EU mit GPP-Schulungsanleitungen

<http://www.smart-spp.eu/index.php?id=7016>

Dieser Bereich der SMART SPP Webseite liefert Online-Information mit Bezug zum Projekt pro-EE:

- Smart technologies
- Politik und Recht
- Projekte und Initiativen

<http://www.procuraplus.org/index.php?id=4598>

Die Links der PROCURAPLUS stammen aus der durchsuchbaren Link-Datenbank von ICLEI. Sie schließen eine Auswahl an Links zu nachhaltiger ökologischer Beschaffung ein:

- Nationale Initiativen
- Internationale Organisationen
- Europaweite Umweltzeichen